Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird **monatlich** festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Torgauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluß Nr. 224.

Amtliches Publikations-Organ für Amts- und Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfg., für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfg., im Reklameteil 30 Goldpfg. einschl. Umsatzsteuer. Schwieriger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezhalle.

Nr. 41. **Sonnabend, den 5. April 1930.** **33. Jahrg.**

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Der Reichsbankpräsident hat die deutschen Vertreter im Verwaltungsrat der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich ernannt.

* Der transatlantische Zeppelindienst soll im Jahre 1932 eröffnet werden.

* In Addis Abeba starb, 54 Jahre alt, die Kaiserin Zaoditu (Judith) von Abessinien.

Der Schlußpunkt.

Agrarprogramm und Osthilfe. — Parteipolitischer Streik. Industrie und Landwirtschaft.

Nun hat auch Deutschland seine Kabinettskrise hinter sich, trat ein anderer Mann an die Stelle dessen, der vor anderthalb Jahren in Genf mit Briand und Macdonald die Revision des Dawes-Abkommens anbahnen konnte. Nur ganz kurze Zeit nach dem Tage, als der Reichstag dem Plan zustimmte, ist das Kabinett Müller gestürzt — und die darauffolgende Krise hat nicht bloß eine etwa symbolische Bedeutung. Daß in der Regierungserklärung Dr. Brünings die Ausführungen über die Außenpolitik einen sehr knappen Raum einnahmen, daß auch in der darauffolgenden Debatte die deutsche Außenpolitik nur kurz gestreift wurde, läßt erkennen, daß sich das Schwergewicht des öffentlichen Interesses fast ganz nach der innenpolitischen Seite verschoben hat. Man nahm nur Notiz davon, daß der Neue Plan von der Pariser Deputiertenkammer ratifiziert worden ist und damit eigentlich den Weg zur Verwirklichung bis auf eine kurze Endstrecke hinter sich gebracht hat. Die Zeit der theoretischen Diskussionen über ihn ist vorbei und sein Dasein ist als nicht mehr wegzudisputierende Tatsache ins politische Kalkül einzustellen. Daß die Donnerstagabstimmung im Reichstag die Neuwahlen verhinderte, hat auch die Auseinandersetzungen über ihn im Wahlkampf wohl endgültig zu den Akten legen lassen. Hier ist auch symbolisch ein Schlußpunkt gesetzt worden durch die deutsche Regierungskrise und die Art ihrer Lösung; ein Schlußstrich gezogen worden „schweren, aber festen Herzens", wie der Reichspräsident in jener Botschaft sagte, mit der er seine Unterzeichnung des Neuen Planes begleitete. Nur das, was ist und was sein wird, bleibt im Blickfeld der Kritik, wird zum Gegenstand nicht mehr der Zustimmung oder Ablehnung, sondern nur noch der Ausführung oder des — Scheiterns.

*

Nach der innenpolitischen Seite hin scheinen die Ergebnisse der Donnerstagsitzung des Reichstages — parteipolitisch gesehen — anders zu wirken. Die außerordentliche Schärfe, mit der der Vorsitzende der deutschnationalen Fraktion dem Mißtrauen seiner Partei gegenüber dem Kabinett Brüning Ausdruck gab, hat nichts daran geändert, daß die neue Regierung durch die Stimmabgabe der Deutschnationalen „in den Sattel gehoben" wurde, und eröffnet doch kaum die Möglichkeit, nun zu parteipolitisch „günstigerer" Stunde das Kabinett wieder aus dem Sattel zu werfen. Denn auch hier kommt es nicht mehr darauf an, was die Mitglieder dieses Kabinetts früher getan haben, sondern nur auf das, was sie tun oder nicht tun werden. Die drei Aufgaben aber, die zu bewältigen sie „ins Regiment gesetzt" wurden, lassen sich nicht voneinander isolieren; es ist unmöglich, die Durchführung der einen zu billigen, die der andern aber abzulehnen. Agrarprogramm und Osthilfe hängen an sich schon aufs engste miteinander zusammen, aber beide stehen wieder auf der gemeinsamen Grundlage einer schleunigsten Neuregelung der Reichsfinanzen und der Steuern. Wer also mit die Verantwortung dafür übernommen hat, daß die Regierung Brüning in der Art, wie sie das andeutete, das ganze Werk in Angriff nimmt, muß auch für den Fortgang des Gesamtbaues diese Verantwortung mittragen helfen, weil sonst auch das wieder auseinanderfallen würde, was schon errichtet ist. Solch ein „parteipolitischer Streik" — um ein Bild aus dem Wirtschaftsleben zu wählen — während des Baues würde also das Ganze gefährden und die Verantwortung dafür denen auf die Schultern legen, die vor Fertigstellung „die Arbeit niederlegen" wollten.

*

Leicht wird ja der Weg nicht sein, den die Regierung zu marschieren entschlossen scheint. Schon melden sich die Bedenken, tauchen an sich verständliche Einwürfe auf: Prallt das Agrarprogramm, das einen geschlossenen Schutzzoll vorsieht, nicht allzu hart auf handelspolitische Interessen der Industrie? Dem soll aber nicht allein der egoistische Hinweis darauf entgegengehalten werden, daß die Landwirtschaft glaubt, ihre Interessen seien gerade in den bisherigen Handelsverträgen sehr vernachlässigt worden auch nicht der andere, vielleicht noch viel bitterere, aber sehr berechtigte Einwand, daß der Index der Großhandelspreise für Agrarstoffe zurzeit auf 116 steht, oder — in verständlicheres Deutsch umgeprägt — der Landwirt heute für seine Erzeugnisse insgesamt nur wenig mehr erzielt als in der Vorkriegszeit, während die Preise der Industriestoffe sehr viel höher sind. Das will aber „allerhand heißen" bei den 13 Milliarden, die heute der Wert der landwirtschaftlichen Erzeugung ausmacht! Vielmehr muß anscheinend noch viel öfter an die Selbstverständlichkeit erinnert werden, daß die Agrarkrise eine überaus verhängnisvolle Rückwirkung auf die industrielle Wirtschaftslage ausgeübt hat und immer noch ausübt, daß sie einer der stärksten Gründe für die allgemeine Wirtschaftskrise gewesen ist. Und — um einen Teil dieser herauszunehmen — auch für die Höhe der Arbeitslosigkeit. Erfreulicherweise hat die Erkenntnis dieser Zusammenhänge aber doch in industriellen Kreisen breiten Platz gefunden und hat man sich dort längst von der Anschauung bekehrt, der Arbeiter „müsse billiges Brot haben, um zu billigem Lohn arbeiten zu können"! So einfach liegen die Dinge doch nicht und die Industrie weiß heute im Zeitalter des allseitigen Hochschutzzolles nur zu genau, von welch ungeheurer Bedeutung die Kaufkraft des deutschen Binnenmarktes ist. Und damit auch und vielleicht vor allem die der deutschen Landwirtschaft. **Dr. Pr.**

Deutschland in der Weltbank.

Die deutschen Vertreter in der B. J. Z.

Nach der Satzung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (B. J. Z.) hat der Reichsbankpräsident als deutsche Mitglieder des Verwaltungsrats der Bank einen „Vertreter der Finanz, der Industrie oder des Handels" und einen weiteren „Deutschen, der Industrie oder Handel vertritt", zu ernennen. Außerdem ist von Amts wegen Mitglied des Verwaltungsrates der Reichsbankpräsident selbst. Reichsbankpräsident Dr. Luther hat am Tage seines Amtsantritts Herrn Dr. Karl Melchior in Hamburg und Herrn Kommerzienrat Dr. Paul Reusch in Oberhausen (Rhld.) zu Mitgliedern des Verwaltungsrats berufen. Zu seinem Stellvertreter im Verwaltungsrat der B. J. Z. hat der Reichsbankpräsident Herrn Geh. Finanzrat Dr. Locke, Mitglied des Reichsbankdirektoriums, ernannt.

Arbeitskämpfe und Finanzreform.

Industriehilfe für die Landwirtschaft.

In Düsseldorf begann die 58. ordentliche Mitgliederversammlung des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen (Langnam-Verein). Der neue Vorsitzende Dr. Springorum-Dortmund fand zuerst Worte des Dankes und der Anerkennung für die Tätigkeit des scheidenden Vorsitzenden Paul Reusch-Oberhausen. Dr. Springorum gab bekannt, daß der Vorstand und die Mitgliederversammlung beschlossen hätten, Paul Reusch zum Ehrenvorsitzenden des Langnam-Vereins zu ernennen. Den gleichen Beschluß habe auch der Vorstand der Nordwestgruppe gefaßt.

Dr. Springorum ging dann auf die Wirtschaftslage ein und betonte, daß es schwer sei, sich nicht

von düsteren Gedanken

einfangen zu lassen. In der Landwirtschaft habe die privatwirtschaftliche Ergiebigkeit weiter abgenommen. Die Verschuldung steige fortgesetzt und die soziale Lage des Bauerntums verschlechtere sich immer mehr. Um so mehr sei es zu begrüßen, daß der Reichspräsident nachdrücklich auf die Notwendigkeit rascher und durchgreifender Hilfe für die Landwirtschaft hingewiesen habe. Auch bei den Mitgliedern des Langnam-Vereins sei der Wunsch lebendig, namentlich

unseren Brüdern im Osten zu helfen.

In der Industrie habe sich im dritten Vierteljahr 1929 der festzustellende Rückgang weiter fortgesetzt. Die Kohlenförderung, die Eisen- und Stahlerzeugung seien in dauerndem Rückgang begriffen. In unerfreulicher Lage befinde sich auch die eisenverarbeitende Industrie und der Maschinenbau. Für die Zukunft müßten wir mit der Tatsache der Annahme des Young-Planes rechnen. Die deutsche Wirtschaft werde den ehrlichen Versuch machen, die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen, jede Erfüllung finde aber ihre Grenzen da, wo

die Lebensmöglichkeiten des deutschen Volkes

aufhörten. Den mahnenden Worten Hindenburgs pflichte der Unternehmer durchaus bei. Insbesondere habe er immer die Notwendigkeit des Zusammengehens mit der Arbeiterschaft betont und er werde seine Mitarbeit nicht versagen, solange nicht von ihm verlangt werde, daß er sich selbst aufgebe. Hoffentlich verharrten die Freien Gewerkschaften nicht auf ihrem unmöglichen Standpunkt, daß die Arbeiter das, was sie im politischen Kampfe einbüßten, was ihnen durch stärkere Steuerbelastung genommen werde,

durch Kampf und höhere Löhne

einbringen müßten. Gerade jetzt Arbeitskämpfe unter dem Vorwande zu entfesseln, die Arbeiterschaft vor einer weiteren Steuerbelastung zu bewahren, heiße, die Finanzreform von vornherein zu unterbinden und der Wirtschaft neue Lasten aufzubürden, statt sie von den alten nach Möglichkeit zu befreien. Das zu verhindern, sei die dringendste Pflicht der Reichsregierung und eine der wichtigsten Aufgaben der Wirtschaft.

Deutscher Reichstag.

(154. Sitzung.) CB. Berlin, 3. April.

Die Aussprache über die Erklärung der neuen Regierung geht weiter. Abg. Graf Reventlow (Nat.-Soz.) führt aus, die Nationalsozialisten könnten der Regierung kein Vertrauen entgegenbringen. Abg. Rädel (Komm.) schließt sich mit heftigen Ausfällen gegen Regierung und Sozialdemokratie dem Vorredner an.

Reichskanzler Dr. Brüning gibt Auskunft über einige an ihn während der Debatte gerichtete Anfragen. Die Reichsregierung hat sofort aus eigener Initiative und in besonderem Auftrage des Reichspräsidenten die agrarpolitischen Maßnahmen in Angriff genommen. Das Programm des Reichsministers Schiele ist einbezogen worden. In den nächsten Wochen werden die Gesetzesvorlagen dem Reichstag zugehen. Die notwendige Handelsvertragspolitik wird auch von der neuen Regierung weitergeführt werden. Die Reichsregierung wird nur nach sorgfältigster Prüfung, wenn es überhaupt notwendig sein sollte, die Anwendung des Artikels 48 der Verfassung in Betracht ziehen.

Abg. Dr. Hugenberg (Dtn.): Die deutschnationale Fraktion hat die Abgabe einer Erklärung beschlossen, laut der die Partei jeden Vorstoß zur Besserung der Lage der Landwirtschaft unterstützen wird. Die Deutschnationale Volkspartei lehnt heute den sozialdemokratischen und kommunistischen Mißtrauensantrag gegen die Regierung ab. Das geschieht im Hinblick auf die von der neuen Regierung mit starken Worten angekündigten Maßnahmen zum Schutze der Landwirtschaft und der gefährdeten Ostprovinzen. Dagegen sind wir völlig darüber einig, daß wir für diese Regierung und ihr Handeln nicht die mindeste Verantwortung tragen. Den polnischen Handelsvertrag werden wir ablehnen. Wir haben starkes Mißtrauen gegen die Regierung, doch wir sind heute entschlossen, Stellung gegen jede Form des Marxismus zu nehmen.

Bei der namentlichen Abstimmung über die vorliegenden Mißtrauensanträge der Sozialdemokraten und der Kommunisten gegen das Kabinett werden 252 Stimmen gegen 187 für die Anträge abgegeben. Sie sind also abgelehnt. Mit Sozialdemokraten und Kommunisten stimmen nur die Nationalsozialisten. Das Haus vertagt sich.

Polizeistunde in Stadt und Land.

Deutscher Reichstag.

(155. Sitzung.) CB. Berlin, 4. April.

Das deutsch-polnische Überleitungsabkommen über Personenstandsregister wird in allen drei Lesungen angenommen. Das Haus setzt dann die zweite Beratung des

Gaststättengesetzes

fort. Abg. Diez (Ztr.) weist auf die große volkswirtschaftliche Bedeutung des Gastwirtsgewerbes hin, das in Deutschland 430 000 Gaststätten umfasse. Das Gesetz bezwecke einmal den Schutz des Gastwirtsgewerbes und dann auch einen Schutz gegen den Alkoholmißbrauch. Wichtig sei der Schutz der Jugend vor dem Alkoholismus. Der Redner beantragt eine Änderung dahin, daß die Konzessionspflicht nicht auf den Kleinhandel mit Wein ausgedehnt werden kann.

Reichswirtschaftsminister Dietrich.

Die jetzt vorliegende Lösung bedeutet einen Mittelweg, auf welchem einerseits dem notwendigen Schutz der Jugend und dem Kampf gegen den Alkohol Rechnung getragen, auf der anderen Seite aber das Gewerbe nicht allzusehr eingeengt wird. Die Vorschrift, nach der die Klagbarkeit von Forderungen, die aus der wiederholten Kreditierung von Branntwein herrühren, ausgeschlossen wird, ist grundsätzlich zu billigen. In der Frage der Straußwirtschaften vertritt der Minister den Standpunkt des Ausschusses, welcher den Ausschank selbsterzeugten Weins oder Apfelweins mit Genehmigung der obersten Landesbehörden auf die Dauer von höchstens vier Monaten zulassen will. Was die

Polizeistunde

angeht, so soll es ebenfalls bei den Vorschlägen des Ausschusses bleiben, also äußerste Grenze 1 Uhr, abgesehen von Ausnahmefällen. Die Bestimmung, wonach schnapsfreie Tage angeordnet werden können, soll auf den Kleinhandel in verschlossenen Flaschen mit einem gewissen Mindestgehalt keine Anwendung finden.

Ministerialdirektor Dr. Klausner tritt für Regelung der Polizeistunde im Sinne der Ausschußbeschlüsse ein. Das sei auch der Wunsch der preußischen Staatsregierung. Die Bedürfnisse etwa in Berlin und in einer

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719300405-14/fragment/page=0001

Landgemeinde

sind sehr verschieden, anders im westfälischen Industriebezirk und in einem oberbayerischen Gebirgsdorf. Reichsgesetzliche Festlegung der Polizeistunde ist deshalb unzweckmäßig.

Abg. Loibl (Bayer. Vp.): Wie groß das Interesse an dem Schankstättengesetz ist, beweisen die Stöße von dazu eingegangenen Petitionen. Der Redner fordert zum Schluß, die Prüfung der Bedürfnisfrage auch in Zukunft den Landesbehörden zu überlassen, ebenso die Festlegung der Polizeistunde.

Abg. Hänse (Christlichnat. Bauernpartei): Die Vorlage geht viel zu sehr von den städtischen Verhältnissen aus. Man kann diese nicht auf das Land übertragen. Eine solche Gesetzgebung, wie sie hier geplant ist, ruft nur Unwillen und Verärgerung hervor und fördert die Entstehung von Nachtlokalen und Spelunken. Auch

die Landwirtschaft wird durch diese Vorlage geschädigt,

namentlich der Gerstenbau. Meine Partei wird ihre Haltung von den noch folgenden Einzelabstimmungen abhängig machen.

Abg. Bergmann (Soz.): Die Schutzbestimmungen dieses Gesetzentwurfes für die Arbeiter und Angestellten der Gastwirtsbetriebe widersprechen der Reichsverfassung. Namentlich die weiblichen Angestellten werden in Gastwirtsbetrieben vielfach viel zu sehr ausgenutzt.

Abg. Schumann (Komm.) meint, man wolle nur den Gastwirtsstand mit dem Gesetz schützen.

Abg. Frau Fuchs (Ztr.): Die schweren Gesundheitsschädigungen durch Alkoholgenuß sind nicht zu leugnen. Ein Drittel aller Insassen unserer Irrenhäuser besteht aus Alkoholikern. Deshalb schon muß die Gesetzgebung unbedingt eingreifen.

Abg. Dr. Strathmann (Dtn.): Das deutsche Volk hat im vergangenen Jahre nicht weniger als fünf Milliarden für alkoholische Getränke ausgegeben. Mit einem Drittel dieser Summe hätte man durch Wohnungsbau gleichzeitig Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit abstellen können. Es ist eine durchaus falsche Behauptung, es gebe keinen Alkoholmißbrauch in Deutschland.

Abg. Haag (Dtn.) bringt einen Antrag ein, den erlaubnisfreien Ausschank selbst erzeugter Weine von vier auf sechs Monate im Jahre auszudehnen.

Die Lage der Winzer

darf nicht noch weiter verschlechtert werden.

Preußischer Landtag

(156. Sitzung.) tt. Berlin, 3. April.

Die Aussprache über „Volksschulen und Kirchenwesen" wird fortgesetzt. Nachdem noch verschiedene Wünsche ausgesprochen sind, wendet man sich zu den „höheren Lehranstalten". Besonders wird die Politisierung der Anstalten als gefahrvoll bezeichnet. Notwendig erscheint dem sozialdemokratischen Redner die Erschließung der Anstalten für breitere Volksschichten, dem Zentrumssprecher Wahrung des konfessionellen Charakters. Nachdem man sich noch zu dem Thema „Universitäten" geäußert hat, wird die Beratung vertagt.

Abg. Frau Thöne (D. Vp.) sprach sich gegen die Abschaffung der Reifeprüfung aus.

Abg. Dr. Bohner (Dem.) forderte engere Fühlung zwischen Universität und höherer Schule. Unter den Sparmaßnahmen dürften die Zuschüsse für die Referendare nicht zu sehr leiden.

Abg. Prelle (Dt. Fraktion) bezeichnete es als unzweckmäßig, zu versuchen, allen höheren Schulen den Charakter einer Realschule zu geben.

Bei der dann folgenden Besprechung des Abschnittes „Universitäten" verlangte Abg. Hoffmann-Münster (Dtn.), daß gerade in den Betrieb der Universitäten möglichst wenig mit den staatlichen Machtmitteln eingegriffen werde, weil die Geistesentwicklung sich frei entfalten müsse. Die Überfüllung der Hochschulen habe beängstigende Formen angenommen. Hoffentlich bringe der neue Minister der akademischen Jugend mehr Verständnis entgegen als Minister Becker.

Danach wurde die Weiterberatung auf Freitag vertagt.

Reform der Hochschulen.

Preußischer Landtag.

(157. Sitzung.) tt. Berlin, 4. April.

Die Aussprache über die Universitäten im Rahmen der zweiten Beratung des Kultushaushalts wurde fortgesetzt.

Abg. Dr. Rölting (Soz.) erklärte, die Hochschulen seien heute noch eine ausgesprochene Einrichtung des Bürgertums. Unter den Studenten befänden sich etwa nur zwei Prozent Arbeitersöhne. Es müssen andere Menschen in die Universitäten hinein. Das ist Hochschulreform.

Abg. Dr. Lauscher (Ztr.) gab der Ansicht Ausdruck, daß die augenblicklichen Verhältnisse an den Hochschulen nicht vollkommen seien. Es wäre aber ein Unglück, wenn durch überstürzte Reformen eine Unruhe auch über die Hochschulen kommen würde, wie sie leider bei den höheren Schulen bereits zu verzeichnen sei.

Abg. Molders (Komm.) behauptete, weder der Minister noch der sozialdemokratische Redner hätten gesagt, wie sie ihr Wort von der freien Bahn dem Tüchtigen wahr machen wollten.

Abg. Dr. Bölitz (D. Vp.) verlangte stärkere Aktivität der Regierung gegen die Überfüllung an den Hochschulen, vor allem stärkere Auslese schon auf den höheren Schulen und Erhöhung der Zahl der Professoren und Assistenten.

Abg. Rhode (WP.) kritisierte die Auswüchse des Berechtigungswesens. Man dürfe nicht nur die Förderung von Arbeitern auf den Universitäten verlangen, sondern müsse auch an die Kinder des Mittelstandes denken.

Abg. Dr Bohner (Dem.) erklärte, die Sozialdemokraten hätten unrecht, wenn sie nur immer von notleidenden Arbeitersöhnen sprächen. Vielen Kindern des Mittelstandes gehe es erheblich schlechter.

Abg. Prelle (Deutschhann.) erklärte, daß man die Wissenschaft nicht vom parteipolitischen Standpunkt aus betrachten dürfe.

Hieran schloß sich die Besprechung des preußischen Theaterwesens.

Abg. Koch-Berlin (Dtn.) bedauerte, daß unter der wirtschaftlichen Notlage auch die Kunst leiden müsse. Trotzdem habe Deutschland noch mehr Theater als die übrigen Länder zusammengenommen.

Abg. König-Potsdam (Soz.) wendet sich ausführlich gegen den Plan, von den Staatstheatern gerade dasjenige zu schließen, das, wie die Kroll-Oper, soziale Kunstpflege treibe. Der Ausbau der Landesbühne sei notwendig; sie habe auch die Aufgabe, Wandertheater zu unterhalten. Den notleidenden Künstlern müsse geholfen werden; der Staat müsse hierfür Mittel einstellen.

Abg. Schulz-Neukölln (Komm.) bekämpft die Kultur des kapitalistischen Staates.

Darauf vertagte sich das Haus auf Sonnabend vormittag.

Schluß der Inseratenannahme

vormittags 8 Uhr.

Größere Inserate erbitten jedoch schon tags vorher bis spätestens nachmittags 3 Uhr.

Arbeit und Brot.

Moldenhauer über die Deckungsvorlagen.

Im Steuerausschuß des Reichstages eröffnete Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer die allgemeine Aussprache über die Deckungsvorlagen. Der Fehlbetrag für 1930 belaufe sich auf 315 Millionen. Die von der Regierung eingebrachten Deckungsvorlagen ergeben für das Reich ein Aufkommen von 326 Millionen. Auf die Länder entfielen ferner 120 und auf die Gemeinden 40 Millionen. Der durch das spätere Inkrafttreten der Gesetze für das Reich entstehende Ausfallbetrage mindestens 22 Millionen, so daß für dieses Jahr dem Reich 304 Millionen Deckungsmittel zur Verfügung stünden, die dem genannten Mindestfehlbetrag für 1930 entsprechen. Der Minister betonte, daß die Deckungsvorlage

bis Ende nächster Woche

verabschiedet sein müsse, weil sonst die in Sanierung begriffene Kassenlage wieder in erhebliche Unordnung geraten würde. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen erklärte Dr. Moldenhauer, daß sich die Reichsregierung zu ihrem ursprünglichen Finanzprogramm bekenne, das die Deckungsvorlage, die Steuersenkung und die Arbeitslosenversicherung umfasse. Bei der Arbeitslosenversicherung habe sie sich dem letzten Kompromiß der Regierungsparteien angeschlossen. Einzelheiten über das

Ostprogramm und das Agrarprogramm

könne er noch nicht geben. Durch diese neuen Vorschläge werde jedenfalls der Etatsansatz nicht gestört werden. Der Minister wandte sich gegen einen Erlaß der Beförderungssteuer und bezeichnete als vordringlicher die Senkung der Reallsteuer und der Einkommensteuer. Mit der Reichsbahn seien Verhandlungen eingeleitet, um eine Tariferhöhung zu vermeiden.

Eine Überspannung der direkten Steuern treffe am stärksten auch die Arbeiterschaft. Das Problem der Überwindung der Arbeitslosigkeit wurzele nicht in einer möglichst gut ausgestatteten Arbeitslosenversicherung, sondern in der Frage, wie man den erwerbslosen Arbeitern

Arbeit und Brot

verschaffen könne. Darum sei es notwendig, ein Steuerprogramm zu machen, das Ruhe in die Wirtschaft bringe, den Kredit hebe und sich in einer Entlastung der Wirtschaft auswirke. Das Programm der Regierung sei also durchaus sozial. Eine Erhöhung der Einkommensteuer in diesem Augenblick würde eine katastrophale Wirkung haben. Über die Finanzen der Länder und Gemeinden werde er später nähere Mitteilungen machen. Die Länder rechneten mit einem Fehlbetrag von mindestens 200 Millionen, von dem durch die Vorlagen der Regierung nur etwa die Hälfte gedeckt werde.

Abbau der Zollmauern.

Unterzeichnung der Genfer Wirtschaftsabkommen.

Die Konvention zur Stabilisierung der europäischen Handelsbeziehungen samt dem Protokoll über die weiteren Verhandlungen zur Erleichterung der europäischen Wirtschaftsbeziehungen sind nunmehr auch von Dänemark unterzeichnet worden. Außer England und Holland hat damit Dänemark als dritter der fünf freihändlerischen Staaten das neue Handelsabkommen unterzeichnet. Von den beiden anderen freihändlerischen Staaten Norwegen und Portugal steht die Unterzeichnung noch aus. Deutschland hat bekanntlich bereits in der Schlußsitzung der Zollkonferenz mit anderen zehn Staaten, darunter auch Frankreich, Italien, Belgien, Luxemburg, Österreich und die Schweiz, beide Dokumente unterzeichnet.

Knappe Mehrheit für Frick.

Das Mißtrauensvotum der Sozialdemokraten.

Im Thüringischen Landtag wurde der Mißtrauensantrag der sozialdemokratischen Fraktion gegen Staatsminister Dr. Frick mit 25 Stimmen der Rechten gegen 25 Stimmen der Linken abgelehnt. Drei Abgeordnete der Deutschen Volkspartei enthielten sich der Stimme, zwei Abgeordnete der Fraktion stimmten dagegen.

Bei der Abstimmung über den Mißtrauensantrag wäre es beinahe zu Tätlichkeiten gekommen.

Die Deutsche Volkspartei gab vor der Abstimmung eine Erklärung ab, sie habe keine Veranlassung, erneut über ihr Verhältnis zur thüringischen Regierung Stellung zu nehmen, dies um so weniger, als der Antrag der Sozialdemokraten nur eingebracht sei, um den Regierungsparteien, insbesondere der Deutschen Volkspartei, Schwierigkeiten zu machen und die Regierung zu stürzen. Sie wünsche aber, daß die Regierung weiter arbeite und das begonnene Werk erfolgreich zu Ende führe.

„Schindluderpolitik."

Sturm im Badischen Landtag.

Der Badische Landtag nahm in zweiter Lesung das Gesetz, das einen frusenweisen Abbau der Staatszuschüsse an Religionsgemeinschaften zur Aufbesserung gering besoldeter Pfarrer vorsieht, mit 49 gegen 31 Stimmen bei einer Stimmenthaltung endgültig an und ging dann zur Beratung des Kultusetats über. Die Sozialdemokraten wurden durch die ablehnende Haltung der Opposition veranlaßt, mit dem Zentrum für den Etat zu stimmen, nachdem sie sich bei früheren Abstimmungen immer der Stimme enthalten hatten. Dadurch entstand bei den Kommunisten ein großes Hallo. Aus ihren Reihen ertönte der Ruf „Grundsatzlosigkeit!" Es erhob sich ein ungeheurer Lärm, der es dem sozialdemokratischen Fraktionsführer Maier zunächst unmöglich machte, eine Erklärung abzugeben. Der Abg. Maier begründete die Haltung seiner Fraktion und sprach von der „Schindluderpolitik" der Opposition. Alle oppositionellen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten verließen unter erregten Zurufen den Saal. Im weiteren Verlauf der Sitzung kam es dann wiederholt zu Zusammenstößen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten

Ein mitreißender Führerwille.

Glückwunsch der Bayerischen Volkspartei für den Reichskanzler.

Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz schreibt zur Entscheidung im Reichstag: Als Ganzes genommen hat sich der Reichstag auf seine Aufgaben besonnen, indem er durch sein Votum der Regierung den Weg zu normaler, verfassungsmäßiger Arbeit frei gemacht hat. Das Wagnis Dr. Brünings ist geglückt. Dem kühnen Mut einer tatkräftigen Besinnung ist der verdiente Erfolg beschieden gewesen, zu dem man den neuen Kanzler herzlichst beglückwünschen muß. Zum ersten Male seit langer Zeit ist wieder so etwas wie ein mitreißender Führerwille in der deutschen Politik fühlbar geworden.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Die sich der Stimme enthielten.

Bei der Abstimmung über die Mißtrauensanträge gegen das Kabinett Brüning haben, abgesehen von den wegen Krankheit und aus sonstigen Gründen beurlaubten Abgeordneten, an der Abstimmung nicht teilgenommen: bei den Sozialdemokraten die Abgeordneten Beims, Dr. Braun, Frölich (Thüringen), Graf, Graßmann, Hermann, Dr. Hilferding, Jäcker, Lübbring, Müller-Franken, Frau Pfülf, Dr. Remmele (Baden), Schlicke, Schmidt (Berlin), Schreck (Bielefeld); bei den Deutschnationalen die Abgeordneten Dr. Bang, Haag, Soth; bei den Demokraten der Abgeordnete Lemmer. Als beurlaubt fehlten bei den Sozialdemokraten neun Abgeordnete, bei den Deutschnationalen zwei, bei den Demokraten ebenfalls zwei Mitglieder.

Der neue Zollsatz für Schweine.

Der Zollsatz für Schweine ist mit Wirkung vom 7. April auf 18 Mark für den Doppelzentner festgesetzt worden.

Polen.

Ein Siegesobelisk in Kattowitz.

Der ehemalige Chef des Nachrichtendienstes der oberschlesischen Aufständischen hat für den auf das Jahr 1931 fallenden zehnjährigen Gedenktag der oberschlesischen Aufstände dem oberschlesischen Woiwoden Graczynski und dem Staatspräsidenten von Kattowitz einen Vorschlag unterbreitet, demzufolge auf dem Ringplatz in Kattowitz ein großer Obelisk errichtet werden solle, dessen Spitze ein ewiges Feuer krönen würde „als Wahrzeichen des unerloschenen aufständischen Geistes in Oberschlesien, als Symbol des siegreichen schlesischen Volkes und als Wahrung gegen jeden Versuch deutscherseits, die Grenze Polens anzutasten".

Spanien.

Steuerstreik in Spanien.

Aus Almeria wird gemeldet, daß ein Teil der dortigen Bevölkerung sich geweigert habe, die Steuern zu zahlen, worauf die Polizei mehrere Pfändungen vornahm. Die Bevölkerung habe jedoch Widerstand geleistet und mehrere Schüsse auf die Polizei abgegeben, die das Feuer erwiderte. Ein Polizist und zwei Einwohner seien verwundet worden. Die Polizei habe mehrere Personen verhaftet.

Explosion in einer Feuerwerksfabrik.

8 Tote, 35 Schwerverletzte.

Eine Explosion in der Fabrik der Pennsylvania Fireworks Co. in Devon bei Philadelphia hat, wie bisher festgestellt werden konnte, acht Todesopfer gefordert. Außerdem wurden zahlreiche Personen verletzt; 35 Schwerverletzte sind in das Hospital eingeliefert worden.

Die Explosion, die auf viele Meilen Entfernung verspürt wurde, hat großen Schaden verursacht. Der Luftdruck war so stark, daß in der unmittelbaren Umgegend des Unglücksortes Automobile einfach weggeschleudert wurden. Der Bevölkerung bemächtigte sich eine gewaltige Aufregung. Die Einwohner eilten aus ihren Häusern auf die Straße hinaus, wo sie die Luft voll Rauchwolken und Trümmern fanden. Aus zahlreichen Nachbarorten sind Feuerwehren und Polizeikräfte zur Hilfeleistung herbeigeeilt.

Berliner Produktenbörse.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark

	4. 4.	3. 4.		4. 4	3. 4
Weiz., märk.	264-267	262-264	Weizkl. j. Bln.	10 0 10 7	9,7-10 5
pommersch.	—	—	Roggkl. j. Bln.	10.2 11,0	10.0 10 5
Roggen, märk.	168-170	164-166	Raps	—	—
Braugerste	192-206	182-196	Leinsaat	—	—
Futtergerste	178-188	168-178	Vikt.-Erbsen	22 0-27.0	20,0-25,0
Sommergerste	—	—	kl. Speiseerbs.	19,0-22,0	18,0-20,0
Wintergerste	—	—	Futtererbsen	18.0-19,0	16.0-17,0
Hafer, märk.	162-172	159-169	Peluschken	17,0-19,0	16,5-19,0
pommersch.	—	—	Ackerbohnen	16.0-17.5	16,0-17,5
westpreuß.	—	—	Wicken	20,0-22.5	20,0-22,5
Weizenmehl			Lupin., blaue	14,5-16 0	14,0 15,5
p. 100 kg fr.			Lupine, gelbe	20.0-22,0	19,0-21.0
Brl. br. inkl.			Seradella	33.0-37,0	33,0-37,0
Sack steinfr.			Rapskuchen	15.0-15,5	14,2-15 2
Mrk. ü. Not.	29 2-37.5	28,7-37.0	Leinkuchen	19 0-19,5	18,6-19,3
Roggenmehl			Trockenschtzl.	7.2 7,5	7.1 7.4
p. 100 kg fr.			Soya-Schrot	15,8 16.4	15 5-15 9
Berlin br.			Torfml. 30/70	—	—
inkl. Sack	24 5-27 2	23.5-26.5	Kartoffelflck.	15,5-16,0	14.5-15,0

So wie ich.

Ev. Joh. 13, 34: Ein neues Gebot gebe ich euch: daß ihr euch untereinander liebt, so wie ich euch geliebt habe.

So wie ich — darin liegt das Neue. Menschen, die sich untereinander lieben, hat es auch vorher gegeben, und das Gebot, zu lieben, findet sich auch im Alten Testament schon. Aber: so wie ich, das ist anders. Wieso? Einmal: Jesus hat nicht nach beliebiger Wahl geliebt und nicht bloß die, die ihm durch Bande des Blutes oder natürliche Sympathie verbunden waren. Ihm war die Liebe Pflicht, nicht bloß ein Gefühl, sondern der Wille, zu dienen, zu helfen, zu segnen, und zwar jedem, der es brauchen konnte. Und dann: Weil seine Liebe ihn drängte, unter allen Umständen zu helfen, so kannte sie auch keine Grenze; sie machte auch beim Feind nicht halt und sie machte auch nicht halt, wenn er dabei Opfer bringen mußte, ja, selbst nicht vor dem Opfer des eigenen Lebens. Die wahre Liebe gibt sich ganz. Sie sagt nicht: Nun ist es aber genug, oder: Das kann mir keiner verdenken. Und wenn es ihr keiner verdenkt, sie selbst würde es sich verdenken!

So soll unsere Liebe sein bei uns, die wir uns Christen nennen. Daran soll die Welt erkennen, daß wir seine Jünger sind. So hat Jesus geliebt, so haben nach ihm viele, seines Geistes voll, geliebt. Es war immer ein Leidensweg: bei ihm und bei denen, die ihm nacheiferten. Er und sie litten unter der Lieblosigkeit der andern, aber sie litten, eben weil sie wahrhaft liebten, willig zugleich für sie. Nun steht in der Passionszeit wieder seine Liebe so klar vor uns.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719300405-14/fragment/page=0002

Lokales und Provinzielles.

Annaburg. (Evangelische Sterbevorsorge.) Vom hiesigen Pfarramt wurden wir um Veröffentlichung nachstehender Zeilen gebeten: Es ist schwere Zeit. Fast alle haben wir durch die Inflation unsere Ersparnisse verloren. Die gedrückte wirtschaftliche Lage erlaubt es den meisten von uns nicht, für Zeiten besonderer Not etwas zurückzulegen. Darum macht heute vielen der Gedanke an den Tod, der ja in jedem Menschenleben unfehlbar später oder früher eintritt, besondere Sorgen, Sorgen auch wegen irdischer Dinge. Jeder Todesfall — mag er nun plötzlich oder erst nach längerer kostspieliger Krankheit eintreten — verursacht größere Ausgaben. Viele wissen nicht, wovon sie dieselben bestreiten sollen. Um hier zu helfen hat der Zentralausschuß für die Innere Mission der deutschen evangelischen Kirche in Verbindung mit dem „Neuen Atlas, Lebensversicherungsbank A. G." in Ludwigshafen a. Rh. als Risikoträger die Evangelische Sterbevorsorge geschaffen und für die Provinz Sachsen eine Zweigstelle in Magdeburg bei der Wohlfahrtsabteilung unseres sächsischen Provinzialverbandes der Inneren Mission eingerichtet. Es handelt sich um ein durchaus zuverlässiges und vertrauenswürdiges Unternehmen. Wir können den Beitritt zu dieser Sterbevorsorge warm empfehlen und bitten, den Vertrauensmann, der in den nächsten Tagen vorsprechen wird, nicht abweisen zu wollen. Für 50 Pfennig Monatsbeitrag kann sich jeder ein dem Eintrittsalter entsprechendes Sterbegeld sicherstellen. Bei Tod durch Unfall wird die doppelte Summe ausbezahlt. Aufnahmefähig sind alle gesunden Personen bis zum 80. Lebensjahr. Keine Wartezeit, keine ärztliche Untersuchung. Das Sterbegeld wird voll ausbezahlt, auch wenn vor dem Tode nur ein einziger Monatsbeitrag entrichtet worden ist.

Prettin, 3. April. Auf dem hiesigen Schweinemarkt waren insgesamt 151 Ferkel und 10 Läuferschweine aufgetrieben gewesen. Der Preis für die Ferkel bewegte sich zwischen 25—35 RM. pro Stück. Die Läuferschweine wurden mit 0.80 RM. pro Pfund gehandelt. Die Nachfrage war sehr groß, der Markt wurde geräumt.

Düßnitz. (Räucherkammerbrand.) Beim Landwirt Richard Voigt entstand in der Räucherkammer ein Brand. Vernichtet wurden Schinken und Speckseiten von zwei geschlachteten Schweinen. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Das große Werbe- und Wettkegeln in Balzers Keglerheim, Wittenberg hat am vergangenen Sonntag seinen Anfang genommen. Sonntag den 6., und Sonntag den 13. April soll das Kegeln fortgesetzt werden, denn das alle Kegelbrüder an beiden Osterfeiertagen zum Schub kommen, dürfte wohl schwer halten, da wird der Andrang zu groß sein. Die Aussichten, das Auto zu gewinnen, sind noch groß, bis jetzt ist der Anwärter auf das schmucke Auto, welches im Vorraum des großen Balzerschen Saales jeden Besucher entzückt, Herr Otto Wollschläger, Wittenberg vom Kegelklub „Schwarze Kiste", welcher 91 Holz geschoben hat. Na, aber er dürfte wohl noch zu drücken sein. Vor allem sollten auch die Kegelbrüder der Umgebung Wittenbergs sich diese Sonntage zunutze machen. Auch sie sollen mitbeteiligt sein an dem großen Wettkegeln. Der Beste soll der Besitzer des Autos werden, ganz gleich, ob er Wittenberger oder sonst woher ist. Auch die andren Preise in Aßmanns Geschäft am Markt erregen Bewunderung; wenn es schon nicht das Auto ist, dann einer von diesen Preisen, die auch sehr wertvoll sind. Also liebe Kegelbrüder, beteiligt euch am Wettkegeln! Zeigt, daß auch auf diesem sportlichen Gebiet etwas geleistet wird. Deshalb erscheint recht zahlreich am Sonntag, den 6 April, vormittags 11 Uhr, in Balzers Keglerheim in der Lutherstraße. Das Kegeln geht bis abends 10 Uhr, also kann sich jeder die Zeit wählen, wie sie ihm paßt. Die Frage bleibt offen: wer wird beim Wettkegeln Autobesitzer?

Lindwerder. (Pulver für alle Krankheiten.) Vor einigen Tagen war ein angeblicher Vertreter eines Professor Oppermann aus Berlin hier und hielt einen „Vortrag über alle Krankheiten". Nachdem er die Anwesenden hinreichend aufgeklärt hatte, empfahl er für alle Krankheiten ein Sauerstoffpulver, das aus 300 Meter Höhe in der Schweiz gewonnen wird. Dieses Pulver, welches alle Krankheiten mit Ausnahme der Krankheiten der Augen und Ohren heilt, kostet 2,50 Mk. Vier solche Packungen sollen die schwierigsten Krankheiten heilen. Der Erlös des abends soll ganz ansehnlich gewesen sein, spricht man doch von einer Einnahme von etwa 80 Mark an diesem Abend. Derselbe Zuspruch soll auch in Steinsdorf gewesen sein. Die Dummen werden eben nie alle.

Polzen (Kr. Schweinitz). Beim Landwirt O. Berger schenkte dieser Tage eine Kaninchenmutter siebzehn Jungen das Leben. Das ist gewiß eine Seltenheit.

Mühlberg, 31. März. In das hiesige Krankenhaus wurde Sonntag abend ein junger Bursche eingeliefert, der in einem Waldstück an der Straße Saxdorf—Lausitz besinnungslos aufgefunden worden war. Der junge Mensch, ein stellenloser Schweizer namens Kurt Hecht aus Aschersleben, hatte sich in der Verzweiflung über seine hoffnungslose Lage mit Rattengift das Leben zu nehmen versucht. Dank dem Eingreifen von Spaziergängern, die den Leblosen im Walde fanden und den Arzt und den Kreiskrankenwagen herbeiriefen, konnte der junge Mensch am Leben erhalten werden. Der Lebensüberdrüssige wanderte offenbar schon lange auf der Landstraße.

Hoyerswerda. Das Dorf Buchwalde bei Groß-Särchen muß jetzt endgültig vom Erdboden verschwinden, da der Kohlenabbau den Abbruch der letzten Wirtschaften notwendig macht. Von den ehemals 43 Wirtschaften des früher 500 Köpfe zählenden Dorfes sind bereits 31 den Kohlengruben gewichen. Nunmehr sollen auch die restlichen 12, die schon längst den Gruben mit allen Aeckern gehören, abgebrochen werden. Die Bewohner werden entweder Grubenarbeiter oder wandern aus. Das Dorf blickt auf eine Geschichte von 400 Jahren zurück.

Kirchliche Nachrichten.

Am Sonntag Judika:

Annaburg. Vorm. 1/2 10 Uhr: Gottesdienst, Herr Pf. Schrock.
Vorm. 1/2 11 Uhr: Kindergottesdienst.
Abends 8 Uhr: Bibelstunde in der Kaserne.

Katholische Kirche. Am Sonntag vorm. 8 Uhr: Gottesdienst, vorher Beichtgelegenheit.

So ergiebig ist Persil!

Auf je 3 Eimer Wasser kommt 1 Paket. Lösen Sie Persil allein und kalt auf! Kochen Sie die Wäsche nur einmal eine Viertelstunde, und spülen Sie erst warm, dann kalt!

Wenn Sie einmal so waschen, werden Sie es nie mehr anders machen. Der gute Erfolg überzeugt Sie.

Persil bleibt Persil

Kennen Sie schon das jüngste Erzeugnis der Persilwerke: Henkel's Aufwasch-, Spül- und Reinigungsmittel?

Am Donnerstag, den 3. April, verschied nach kurzem Leiden

Frau verw. Alwine Walter
geb. Helm.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Annaburg, den 5. April 1930.

Die Beerdigung findet Sonntag nachm. 2 Uhr von der Leichenhalle aus statt.

Zwangsversteigerung.

Am **Montag, den 7. ds. Mts., vormittags 11 Uhr,** versteigere ich im Gasthof zum **goldenen Ring** in **Annaburg**

1 National-Registrierkasse
1 Schnellwage „Expreß" und
1 Warenschrank

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung.
Verkauf findet voraussichtlich statt.

Gallo, Obergerichtsvollzieher in Prettin.

Frühkartoffeln
Kuckuck, krebsfest,
pommersche anerkannte Saat, sind heute eingetroffen und bitte ich **Montag** die bestellten Mengen abzuholen.
Wilhelm Otte.

Universal-Geschäftsbücher
für **kleine Gewerbetreibende** empfiehlt
Herm. Steinbeiß, Buchdruckerei.

Geschäfts-Eröffnung.

Einem geehrten Publikum von **Annaburg und Umgegend** zur gefl. Kenntnis, daß ich ab heute im Grundstück des Herrn **Tofaute, Torgauerstraße 1,** eine

Klempnerei

eröffnet habe.
Empfehle mich zur Ausführung von **Blitzschutz-, Wasser-, Klosettanlagen** und **Viehselbsttränken.**
Prompte Bedienung zusichernd, bitte um gütige Unterstützung meines Unternehmens.

Hochachtungsvoll
Kurt Häupel.

Rechnungsformulare
in allen Größen fertigt an
Herm. Steinbeiß, Buchdruckerei.

Empfehle mein großes Lager in:

Kieferne Hobeldielen
bisher qm **3.00** jetzt **2.75** RM.
Kieferne Schalbretter
bisher qm **1.00** jetzt **0.90** RM.
Kieferne Schalbretter, kurze
bisher qm **0.90** jetzt **0.80** RM.
sowie alle sonstigen Bau- und Nutzhölzer u. Baustoffe billigst.
Wilh. Kunze.

Ihre Frühjahrs- und Sommer-Garderobe

Kostüme, Mäntel, Kleider, Anzüge sowie Gardinen, Portieren und Möbelstoffe
reinigen und färben wir
in tadelloser Ausführung zu mäßigen Preisen
F. Lehmann, Luckenwalde
Dampf-Färberei und Chem. Reinigung
Annahmestelle: Frau **H. Hildebrandt** **Annaburg,** Mittelstraße 4.

Empfehle in bekannt gut. Qualitäten:
Abgepaßte Künstlergardinen
Stückware
Fensterspitze, Rollostoff in crem und weiß, **Etamine glatt und mit Volant, Chaiselon.-, Tisch- und Sofadecken, Kaffeedecken, Tisch- u. Tafeltücher, Wachstuche und -Decken, Läuferstoffe u. Bettvorleger**
Seb. Schimmeyer

Sämtliche Schulbücher
sind eingetroffen und empfiehlt
Herm. Steinbeiß, Papierhandlung.

Laden
mit Nebenraum
per sofort oder später zu mieten gesucht. Gefl. Angebote an
Bernhard Niemann,
Sangerhausen.

Doppelt gereinigte
Geradella
hochkeimfähig, empfiehlt
J. G. Fritzsche.

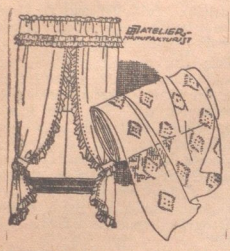
Rippentabak
1/2 Pfd. 25 Pfg.,
Rippen mit Blatt
1/2 Pfd. 50 Pfg.,
Shag-Tabak
von 30 Pfg. an
Shag-Pfeifen
von 50 Pfg. an, empfiehlt
Louis Hofmann

Beste lila
Salon-Tinte
empfiehlt **H. Steinbeiß.**

Stalldünger
kauft jederzeit zu hohen Preisen; zahlen z. Zt. pro Fuhre 10.— M.
Baumschule Raundorf.
Telephon Annaburg 251

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719300405-14/fragment/page=0003

Für das Osterfest!



Neue Gardinen!

Künstlergarnituren 2.75, 4.50, 9.50 Mk.
Gardinen vom Stück Meter 0.50, 0.90, 1,25 Mk.
Landhausgardinen Meter 0.68, 0.75, 0.95 Mk.
Fensterspitzen Meter 0.35, 0.45, 0,65 Mk.
Tischdecken Meter 0.95, 1.65, 2.75 Mk.

Tüllbettdecken, Zierdeckchen, Sofadecken, Möbelsatins, Kissenfüllungen, Vorhangstoffe

Carl Petzold.

Preiswerte

Jahrmarkts-Angebote

Frühjahrs-Mäntel für Damen u. Kinder
Kleider, Hauskleiderstoffe, Wollmusline, Schürzen, Strümpfe, Seidentrikot, Wäsche, Taschentücher Gardinen, Steppdecken, Tischdecken

J. G. Schneider, Wittenberg
Markt, Ecke Juristenstraße

Bürger-Schützen-Verein e. V.

Morgen, **Sonntag** 13.13 Uhr Abfahrt nach Wittenberg zur **Verbandssitzung.** Zahlreiche Beteiligung erwünscht. **Der Vorstand.**

Der Stahlhelm

Dienstag, den 8. April, 1/2 9 Uhr bei Kam. **Dubro: Pflicht-Versammlung**

Arbeitsbücher
sind zu haben bei
Herm. Steinbeiß.

Da gibt's nichts zu verwechseln:

Erstens siehst du auf jeder Packung den charakteristischen Schriftzug in der blauen Schleife.

Und zweitens hat jedes Paket „Rama im Blauband" ein Garantiedatum. Daran kannst du sofort sehen, wie frisch die Ware ist, die du im Augenblick kaufst.

Nimm keine andere, verlange klipp und klar:

„Rama im Blauband".

Ich habe die verschiedensten Sorten ausprobiert, ich spreche aus Erfahrung!

MARGARINE

Rama im Blauband

doppelt so gut

½ Pfd 50 Pfg
mit Garantie-Zeichen für frische Qualität

Großer Oster-Verkauf!

Wundervolle Neuheiten in

Mänteln u. Kleider

Kauf Dir einen Mantel mit Pelera, das ist der letzte Schick; Du machst in solchem frühlingssüßem Mantel gewiß Dein Glück! —

Fesche Frühjahrs-Mäntel

Jugendliche Frühjahrs-Mäntel mit abknöpfbarem Capeli

Elegante Damen-Mäntel Twedstoff, ganz auf Seide gefüttert

Elegante Damen-Kleider in Wolle, Nattés, Velouine, Crêpe de chiné und Crêpe marocain

Herren-Anzüge in mod. Kammgarngewebe

Knaben-Anzüge in Strick- und Stoffarten

Gebe bis zum Osterfest auf diesen Inseratschlager **5 % Extra-Rabatt!**

Ernst Peschke, Ackerstr. 16

Gardinen Vorhangstoffe

Metergardinen, Künstler-Garnituren
Stores, Madras-Garnituren,
Tüll-Gardinen, Etamine
Tupfenmull, Rolloköper
Rollodamast, Fensterspitze

Tischdecken :: Sofadecken
zu billigsten Preisen bei anerkannt grösster Auswahl

Carl Quehl

---

ff. **Pflaumenmus** von frischen Pflaumen Pfund 50 Pfg.
Preißelbeeren Pfund 80 Pfg.
Heidelbeeren Pfund 72 Pfg.
Rheinländer-Gelée Pfund 55 Pfg.
Aprikosen-Marmelade Pfund 80 Pfg.
ausgewogen, empfiehlt

Franz März
Markt 19.

Gemüse- Obst- Konserven,
Gurkensalat, 2 Pfd.-Dose **1.40** Mk.,
Heine's Würstchen
empfiehlt
E. Krühmigen,
Markt 1.

Sprachhefte
für alle Klassen sind wieder eingetroffen.
Herm. Steinbeiß.

Frachtbriefe
empfiehlt die Buchdruckerei

Im Rosengarten — ein neues Schlagerlied
das alles man am Sonnabend sieht
Blütenregen und Rosenduft
nimmst Du mit in Grabesgruft.
Die jungen Fußballspieler laden ein
darum darf man auch nicht ferne sein.
Sie laden ein mit Weib, Kind und Kegel,
im Kahn, Boot mit und ohne Segel.
Wer nicht erscheint, der bleibt zu Haus,
den lachen selbst die Spatzen aus.

Ab 1. April zu sämtlichen Krankenkassen zugelassen

Dr. Gerhard Schmidt
Facharzt für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten
Wittenberg, Lutherstr. 19 (Haupteingang)

Sprechstunden:
9—12, 4—6 Uhr
Mittwochs und Sonnabends nur vormittags

Polizeiliche An- und Abmeldescheine
sind vorrätig in der **Buchdruckerei H. Steinbeiß.**

Die neuesten

Damenhüte

in großer Auswahl und in allen Preislagen.

Umpressen von Damen- und Herren-Hüten.

Baskenmützen in allen Farben für Damen, Herren und Kinder.

Kauft Deine Pelze nur beim Kürschner!

Wilh. Waisch

Hamburger Leckerbissen
Seelachs-Schnitzel
in 400 Gr.-Dosen, sowie
feinste Oelsardinen
empfiehlt
Franz März
Markt 19

Zigarren Zigaretten
Ehag-Tabake u. Pfeifen
kaufen Sie am preiswertesten im **Spezial-Geschäft** von
Louis Hofmann

Gemüse-Sämereien und Blumensamen

in **hochkeimfähiger** Ware empfiehlt
J. G. Fritzsche.

Achtung! Achtung! Zum Stiftungsfest

des Kraftfahrer-Vereins Annaburg u. Umgegend am **Sonnabend, den 5. April,** in sämtlichen Räumen der **„Neuen Welt",** ladet Freunde und Gönner höflichst ein

Gute Musik. **Der Vorstand.**

Redaktion, Druck und Verlag von Herm. Steinbeiß, Annaburg

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719300405-14/fragment/page=0004

Das Deckungsprogramm der Reichsregierung.

Einigkeit in der Fraktionsführerbesprechung.

Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning fand am Donnerstagnachmittag die Fraktionsführerbesprechung über die Deckungsvorlage der Regierung statt. Außer mehreren Reichsministern nahmen die Fraktionsführer des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten, der Wirtschaftspartei, der Christlich-Nationalen Arbeitsgemeinschaft und der Bayerischen Volkspartei teil.

Die Besprechung diente der Vorbereitung der Beratung des Steuerausschusses des Reichstages. Es herrschte völlige Uebereinstimmung, daß die Deckungsvorlage mit aller Beschleunigung im Steuerausschuß erledigt werden müßte.

Der Reichsfinanzminister wünscht unter allen Umständen, daß der Steuerausschuß mit seinen Arbeiten bis spätestens Montag der kommenden Woche abends zum Abschluß kommt, damit die Vorlage noch am Dienstag vom Reichstag möglichst gleichzeitig in 2. und 3. Lesung zur Verabschiedung gelangen könnte. Sollte sich das aus irgendwelchen Gründen nicht ermöglichen lassen, dann wird von der Reichsregierungen erwogen, dem Finanzminister ein Ermächtigungsgesetz an die Hand zu geben, durch das die wichtigsten Steuern vom 1. April ab in Gang gebracht werden können. Das Finanzprogramm ist, daran wird von Seiten der Reichsregierung kein Zweifel gelassen, die unbedingte Voraussetzung zur Durchführung des Agrarprogramms, das gleichfalls noch vor Ostern verabschiedet werden soll.

*

Reichsregierung und Agrargesetz.

Zuverlässigen Vernehmen nach tritt die Reichsregierung am Freitag zur Beratung der geplanten Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft zusammen.

Drei-Mächte-Abkommen in London.

Einigkeit zwischen England, Amerika und Japan.

In den Donnerstag-Verhandlungen zwischen den Vertretern der Flottenhauptmächte England, Amerika und Japan ist eine völlige Einigung über den Abschluß eines Drei-Mächte-Vertrages auf der Grundlage der zwischen Amerika und Japan erfolgten Verständigung erzielt worden.

Nach privaten Mitteilungen sollen von Japan gewisse Zugeständnisse im Fernen Osten, besonders bei der Abgrenzung der dortigen Interessen-Gebiete der drei Mächte gemacht worden sein. In den englisch-französischen Verhandlungen, von deren Ausgang der Abschluß eines Vier- oder Fünf-Mächte-Vertrages abhängt, ist gleichfalls ein gewisser Fortschritt zu verzeichnen.

Parteitag der preußischen Zentrumspartei

Beginn 11. Mai 1930.

Wie nunmehr feststeht, beginnt der Parteitag der preußischen Zentrumspartei am Sonntag, dem 11. Mai 1930, im Plenarsaal des früheren Herrenhauses in Berlin. Zunächst wird der Vorsitzende der Zentrumsfraktion des preußischen Landtages, Abg. Dr. Heß, ein Referat über die politische Lage unter besonderer Berücksichtigung Preußens halten. Dann spricht Univ.-Prof. Dr. Brauer über wirtschaftliche Probleme der Gegenwart. An beide Referate schließt sich eine Aussprache an. Der Parteitag wird sich auch mit den Wahlen zum Vorstand und zum Erweiterten Partei-Ausschuß zu befassen haben.

Bestellungen auf die Annaburger Zeitung werden jederzeit entgegengenommen.

Die preußische Verwaltungsreform.

Bekanntgabe des neuen Verwaltungsgesetzes.

Bei einem vom preußischen Innenminister Dr. Waentig veranstalteten Presseempfang wurde der Referentenentwurf der zur Durchführung der staatlichen und kommunalen Verwaltungsreform bestimmten Gesetzentwürfe bekannt gegeben. Es handelt sich dabei um das Gesetz über die allgemeine Landes-Verwaltung, die kommunale Selbstverwaltung und das Einführungsgesetz für beide Gesetze. Diese Gesetzesarbeit soll als zusammenfassendes Verwaltungsgesetz die genaue Regelung für alle Bestimmungen der Landes-Verwaltung und gemeindlichen Selbstverwaltung bieten. Hervorzuheben ist eine Kodifikation des Eingemeindungsrechtes und die vorgesehene Regelung, daß in der gemeindlichen Verwaltung bestimmte Angelegenheiten von Beamten wahrgenommen werden müssen. Wesentliche Neuerungen enthält der Abschnitt über Selbstverwaltungsangelegenheiten, wobei das

Verbot der mißbräuchlichen Ausnutzung gemeindlicher Monopole

hervorzuheben ist. Gleichzeitig hat er die Bestimmung, die Beachtung verdient, daß der Haushaltsplan Bedarf und Deckung nachweisen und ausgleichen muß, während eine nachträgliche Bewilligung von Ausgaben nur bei gleichzeitiger Bereitstellung von Einnahmen entsprechender Höhe als zulässig erklärt wird. Eine gegen die bisherigen Bestimmungen abweichende Regelung ist für die Rechtsmittel vorgesehen, bei denen einheitlich ein an Fristen gebundener Einspruch vorgesehen wird. Die

Staatsaufsicht in Selbstverwaltungsangelegenheiten

wird auf die in diesem Gesetz enthaltenen Befugnisse beschränkt und mit diesen Bestimmungen erschöpfend geregelt. Als neue Behörde erscheint ein sog. Staatsausschuß, über dessen Zusammensetzung der Referenten-Entwurf noch keine näheren Bestimmungen enthält. In den weiteren Vorschriften über die

Reform der Städteordnung

gelangen die Grundsätze des Einkörper-Systems zur unbeschränkten Durchführung. Vorsitzender der Stadtverwaltung soll mit vollem Stimmrecht der Bürgermeister werden, unter dem hauptamtliche Stadträte die Geschäfte führen. Bestimmte Vorschriften über Dekonzentration sind für Großstädte vorgesehen. Die Vorschriften über die neue Landgemeinde-Ordnung, deren Vertretungskörperschaft die Gemeinde-Vertretung bildet, sind entsprechend den Bestimmungen für die Stadtordnung gestaltet. Anschließend folgen die Bestimmungen über die Amtsordnung, Kreisordnung und Provinzordnung, die im wesentlichen den bisher geltenden Gesetzvorschriften angepaßt sind. Besondere Vorschriften für die Stadtgemeinde Berlin bleiben einem Sonder-Gesetz vorbehalten. Die Zuständigkeit der Provinzen im Umfange ihrer Selbstverwaltungs-Angelegenheiten wird wesentlich erweitert.

Die Tagung des Provinziallandtages.

Die Etatrede des Landeshauptmanns. — Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer. — Um die Harztalsperren.

Der Provinziallandtag sah zu seiner ersten Tagung fast alle Abgeordneten: von 113 waren 112 erschienen. Die Grüße des inzwischen zum Innenminister ernannten früheren Oberpräsidenten Waentig überbrachte Vizepräsident Freyseng. Nachdem die üblichen Agitationsanträge der Kommunisten abgelehnt und auf einen Antrag von Beims-Magdeburg den Kommunisten die Tribünenkarten entzogen waren, um Störungen von der Tribüne aus zu unterbinden, hielt Geheimrat Dr. Hübener seine groß angelegte Etatrede. Die Unfertigkeit der Reichs- und Landesgesetzgebung verhinderte leider eine über mehrere Jahre sich erstreckende Finanzpolitik der Provinz. Ebenso sei man, da der Reichshaushalt noch nicht zu Ende beraten sei, für das neue Rechnungsjahr über die Höhe der Ueberweisungen noch immer nicht im klaren. Um Steuererhöhungen zu vermeiden und die Umlagesumme noch etwas geringer zu halten, als vorm Jahre, seien beträchtliche Streichungen im Haushaltsplane vorgenommen worden. Die Umlagesumme sei insgesamt um rund 750 000 Mark gesenkt worden. Die größten Asgaben entstünden in diesem Jahre für die Provinzialverwaltung aus der Uebernahme von neuen 500 Kilometern Kreisstraßen, durch die der Umfang der Provinzialstraßen jetzt auf 3070 Kilometer anwachse. Der Aufwand für die Straßen betrage 37 Prozent der Ausgaben des Provinzialverbandes, nämlich 16,4 Millionen Mark. Eine Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer werde sich nicht vermeiden lassen. Ebenso müsse Protest dagegen eingelegt werden, daß die westlichen Provinzen bei der Zuweisung der Kraftfahrzeugsteuer-Anteile weiterhin bevorzugt und die Provinz Sachsen dadurch jährlich um rund 1 Million benachteiligt werde.

Der Landeshauptmann ging dann auf die einzelnen Haushaltstitel ein und erklärte, daß aus der Verwaltung der Kleinbahnen ein Dividendengewinn von rund 140 000 Mark zu erwarten sei. Für Meliorationsarbeiten seien wieder 725 000 Mark eingesetzt. Zwangsverwaltungen und der Ausfall von Bürgschaften erforderten 130 000 Mark. Ein wichtiger Fortschritt sei bei der Vereinheitlichung der Elektrizitätswirtschaft zu verzeichnen, während die Gasfernversorgung erst noch ausgebaut werden müsse. Der Landeshauptmann ging dann auf die Fragen des Mittellandkanals ein und teilte mit, daß der Garantievertrag mit dem preußischen Staate noch immer nicht habe abgeschlossen werden können, weil das Reich noch nicht auf die Verwendung von Harzwasser zur Kanalspeisung verzichtet habe. Das zur Hälfte von der Provinz finanzierte Neubauamt Quedlinburg werde demnächst die Vorarbeiten für die Ostharztalsperren beenden, die für die Elektrizitätswirtschaft und die Trinkwasserversorgung der Provinz von größter Bedeutung seien. Der Bau der Talsperren werde allerdings erst möglich werden, wenn das Geld zu billigeren Sätzen zu erhalten wäre. Ebenso hänge die Schaffung eines dringend notwendigen großen Gemeinschaftswasserwerkes für den mitteldeutschen Industriebezirk von der Entwicklung des Kapitalmarktes ab. Die Baupläne für die Tangermünder Elbbrücke seien fertiggestellt, der Bau könne aber noch nicht begonnen werden, weil das Reich noch nicht seinen Anteil zur Verfügung gestellt habe. Als die nächsten größeren Aufgaben der Zukunft bezeichnete der Landeshauptmann zum Schluß seiner mit starkem Beifall aufgenommenen Rede die Beteiligung der Provinz an der Regulierung der Elster und Luppe und die Gründung einer Gesellschaft gegen die Verunreinigung der Saale. Da die Kommunisten für die Tagung des Provinziallandtages große Demonstrationen angekündigt hatten, war das Ständehaus durch die Polizei in weitem Umkreise abgesperrt und gesichert worden. Ein Demonstrationsumzug der Kommunisten, an dem sich rund 2000 Personen beteiligten, verlief ohne Störung.

*

Landeshauptmann Geh. Rat. Dr. Hübener auf 12 Jahre wiedergewählt.

Vor dem Beginn der Haushaltsberatungen erledigte der Sächsische Provinziallandtag in Merseburg eine Reihe kleinerer Vorlagen. So wurde die Geschäftsordnung dahin geändert, daß der Landtagspräsident in Zukunft berechtigt sein soll, den Landtag nach außenhin zu vertreten. Weiter billigte der Landtag die Klage, die vom Vizepräsidenten des Provinziallandtages Dr. Adler-Stendal gegen die Beanstandungs-Verfügung des Oberpräsidenten erhoben worden ist und bestellte den Vorsitzenden als Vertreter des Landtages bei dem Verfahren, das in dieser Angelegenheit nunmehr vor dem Oberlandesgericht auszutragen ist. Die Beanstandung bezieht sich auf den Wahlmodus für den Provinzialausschuß, der bisher vom Plenum nach Mehrheitsverhältnis gewählt worden war und ebenfalls nach Mehrheit von sich aus den Vorsitzenden des Provinzialausschusses gewählt hatte, während der Oberpräsident die Anschauung vertritt, daß der Ausschuß-

Liebe, die zu spät gekommen

Original-Roman von Gert Rothberg.

(44.) Copyright by „Brückenberg-Verlag". Zwickau i. Sa.

„Dafür wird man Ihnen sehr dankbar sein, lieber Freund. Und die Damen erst, meine Damen, bestehend aus meiner Frau, deren Schwester und der gemeinsamen Freundin Schwester Leonore. Zumal Leonore wird froh darüber sein. Die junge Krankenpflegerin wohnt schon lange Zeit bei einem alten Ehepaar, der Mann ist pensionierter Lehrer, und sie liebt den Garten der alten Leute. Die Damen reisen übrigens nächste Woche in meiner Begleitung nach St. Remo, meine Frau und die kleine Krankenschwester zur Erholung, während meine Schwägerin zur Gesellschaft mitgeht. Nun, es wird ganz lebhaft werden. Die drei Damen sind sehr eng befreundet. Nun, morgen werden Sie sie alle drei kennenlernen."

Die Herren saßen gemütlich bei einer Flasche Wein und hatten das Geschäftliche, über dessen Hauptprinzip sie sich eigentlich schon vorher einig gewesen, erledigt. Nun blieben sie noch sitzen und tauschten Erinnerungen aus. Sie kannten sich seit vielen, vielen Jahren. Das Leben hatte sie auseinandergebracht. Gemeinsame Interessen hatten sie nun endlich wieder zusammengeführt.

„Es war so viel besser, daß wir die geschäftlichen Angelegenheiten vorher regeln konnten, nun brauchen sie morgen in Gegenwart der Damen gar nicht mehr erwähnt zu werden, und wir können hoffentlich noch einige recht angenehme Tage zusammen verleben," meinte Leopold Emmerling und sah den blauen Wolken nach, die er seiner Zigarre entlockte.

Es war wirklich sehr behaglich in dem großen, schönen Arbeitszimmer des Hausherrn. Der, wie immer sehr vergeßlich, hatte den Tag der ersten Unterredung verwechselt, war der Meinung gewesen, Kerkow treffe erst morgen ein, und hatte seine Damen heute nach der Eichenwiese hinaus geschickt. Sie hatten den großen Personenwagen und den zuverlässigen Chauffeur mit, und so wollten sie den ganzen Tag draußen bleiben, wo man im Restaurant sehr gut speiste und überhaupt vorzüglich aufgehoben war.

„Wenn es Ihnen Spaß macht, lieber Kerkow, fahren wir dann miteinander in mein Stammlokal. Dort speist man auch vorzüglich, und da ich heute sowieso auf mich angewiesen bin, hat meine Frau natürlich nichts dagegen, wenn wir einigen Flaschen den Hals brechen. Alten Rüdesheimer hat der Detlod, das ist ein Weinchen, bei dem man stundenlang sitzen kann," meinte Emmerling vergnügt, und Kerkow war auch sofort einverstanden.

* * *

„Ich möchte doch lieber nach Hause gehen, wenn Sie Besuch erwarten," sagte Lori.

Frau Emmerling strich ihr liebkosend die braunen Locken aus der Stirn.

„Sie gehören mit zu uns, Lori, und es ist doch ganz gleich, wer kommt. Die geschäftlichen Sachen haben die Herren nun durch das Mißverständnis, das durch meinen lieben Mann erstanden ist, längst besprochen. Also bleiben Sie ruhig hier, ich bitte Sie darum," sagte sie herzlich.

Die Kinder schmiegten sich an Lori.

„Dableiben, Tante Lori, bitte, dableiben!" bettelten sie. Und Käte, die junge Schwester der Hausfrau, sagte:

„Liebe Lori, es fehlt etwas, wenn Sie nicht hier sind. Uebrigens kommen die Herren bereits den Weg vom Hause her nach dem Park."

Lori in ihrem einfachen weißen Kleide lehnte sich in ihren Korbsessel zurück. Sie wäre gern fortgegangen, doch sie tröstete sich damit, daß der reiche Mann, der hier in Köln so großen Grundbesitz erwerben wollte, sie wohl kaum beachten würde.

Zwischen den Büschen dort drüben wurden die Herren sichtbar. Neben dem Hausherrn schritt eine hohe, stolze Männergestalt. Frau Emmerling und Käte blickten interessiert hinüber. So gewahrten sie nicht, wie Lori beide Hände auf die Brust drückte und dann, nach einem vergeblichem Versuch sich zu erheben, wieder in ihren Sessel zurücksank.

Vor Lori drehte sich alles. Der alte Park, die zwei kleinen Mädel, die beiden Damen, alles, alles um sie her wankte. Verzweifelt kämpfte sie gegen die Ohnmacht an, die sie zu übermannen drohte.

Hans Kerkow!

Er, den sie von allen Menschen am wenigstens hier erwartet hätte! Nun wurde ihr Frieden wieder gestört, und diesmal war es für immer. Das erkannte sie in dieser ersten Sekunde, da sie das braune, geliebte Gesicht wieder sah.

Sie wußte nicht, was geschehen sollte. Ihr erster Gedanke war:

„Fort, fliehen, ehe er mich sieht!"

Doch die Glieder verlagten den Dienst.

Die Herren kamen näher. Lori senkte ganz tief den Kopf, hielt sich mit beiden Händen krampfhaft am Sessel fest.

Herr Emmerling führte den Gast seiner Frau zu.

„Liebe Edith, mein Freund, Doktor Kerkow! Lieber Kerkow, meine Frau!"

Die Dame begrüßte den Gast sehr liebenswürdig, was ihm sichtlich erfreute.

Gerade wollte Emmerling den Gast auch den anderen beiden Damen vorstellen, als Kerkow seinen Blick dorthin schweifen ließ, wo eine schmale Frauengestalt ganz zusammengesunken saß.

Ein heftiger Schreck durchzuckte ihn. Nun hob die Frau das Gesicht. Mit einem einzigen Schritt war Kerkow dort.

„Lori, um Gottes willen, Lori, du bist es!"

Er vergaß, wo er sich befand, und sah nur Lori, die er nie vergessen konnte, mochten Zweifel und Mißtrauen auch noch so sehr in ihm wühlen.

Kerkow nahm Lori in seine Arme, küßte sie, die wie leblos zusammengesunken war, und deren Augen doch nicht von seinem Gesicht wichen. Diese Augen, die er so geliebt, diese dunkelblauen, schimmernden Augen!

Lori schlang plötzlich die Arme um seinen Hals und weinte laut auf. Er hielt sie an sich gedrückt, die er immer geliebt hatte, die er zu hassen glaubte und doch nie vergessen konnte.

(Schluß folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719300405-14/fragment/page=0005

vorsitzende im direkten Wahlgange von der Vollversammlung zu wählen sei. Als dann eine Reihe von kommunistischen Agitationsanträgen besprochen wurden, kam es zu argen Tumultszenen, so daß der Vorsitzende eine Reihe von Ordnungsrufen erteilen mußte. Zu einem Ausschluß kam es nicht, da die Entziehung der Diäten, die damit drohte, zu sehr abschreckte.

Für die Wahl des Landeshauptmanns hatten Kommunisten und Nationalsozialisten eigene Kandidaten aufgestellt, während die anderen Parteien sich bereits in vertraulichen Besprechungen auf eine Wiederwahl des bisherigen Landeshauptmanns, Geh. Rat Dr. Hübener, und zwar diesmal auf zwölf statt auf sechs Jahre, geeinigt hatten. Erneute Störungsversuche der Kommunisten wurden durch ernergische Geschäftsführung des Vorsitzenden Baer-Magdeburg schnell unterdrückt. In der Wahlhandlung selbst entfielen dann 78 Stimmen auf Landeshauptmann Dr. Hübener, während der Kandidat der Kommunisten 15 und der der Nationalsozialisten neun Stimmen erhielt. 7 Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Landeshauptmann Hübener ist damit auf zwölf Jahre wiedergewählt.

Die Donnerstagsitzung des Provinziallandtages begann dann mit den Haushaltsberatungen, für die jeder Fraktion eine ¾stündige Redezeit gegeben wurde. Als erster Redner sprach für die Sozialdemokraten der kinftige Magdeburger Regierungspräsident, Oberbürgermeister Weber-Halberstadt. In dieser schweren Notzeit könne den Städten und Kreisen nicht zugemutet werden, eine höhere Umlage als vorm Jahre zu tragen. Daher müßten noch rund 2,4 Millionen Mark vom Haushaltsplan abgesetzt werden. Der Landwirtschaft müsse man in ihrer jetzigen Notlage zu Hilfe kommen, ebenso sei eine Nationalisierung der Provinzial-Anstalten erforderlich.

Der Redner ging dann eingehend auf die Neugestaltung Mitteldeutschlands ein und erklärte, daß man für die Durchführung dieser Aufgabe keine Opfer scheuen dürfte. Allerdings dürfe nichts, was unbedingt zur Provinz rechne, herausgegeben werden. Eine neue Stellungnahme des Provinziallandtages werde schon durch die Anschlußbestrebungen Braunschweigs notwendig, wobei besonders die Gestaltung des Harzes und des Halberstädter Bezirks zu prüfen sei, da der Harz mit seinen zerrissenen Grenzen besonders dringend eine Regelung der Staatszugehörigkeiten erfordere. Gebiete, die wirtschaftlich zur Provinz Sachsen gehören, dürfen auf keinen Fall abgetrennt werden, vor allem aber sei es unmöglich, bei der etwaigen Schaffung eines neuen Regierungsbezirkes Braunschweig den Halberstädter Bezirk abzutrennen und nach Braunschweig zu schlagen. Die natürliche Grenze im Harz sei die Wasserscheide.

Einigkeit über die Neugestaltung Mitteldeutschlands.

Den Ausführungen von Oberbürgermeister Weber, die starke Beachtung fanden, schloß sich in einer gleichfalls sehr bedeutungsvollen Rede der Sprecher der Deutschnationalen und der Christlichen Volkspartei Frhr. von Wilmowsky, an. Auch er erkannte den Willen der Landesverwaltung zu größter Sparsamkeit an. Den Ausführungen des Vorredners zur Neubegrenzung Mitteldeutschlands und zu den Beziehungen zu Braunschweig stimmten die von ihm vertretenen beiden Parteien zu. Nur in einem gehen seine Parteien noch weiter: Schon jetzt vor der endgültigen Regelung der mitteldeutschen Frage und der Reichsreform müßte in der Form von Verwaltungsgemeinschaften in den einzelnen Gebieten praktische Vorarbeit zur Ueberbrückung der Landesgrenzen geleistet werden. Landeshauptmann Dr. Hübener habe sich durch seine Arbeit in der mitteldeutschen Frage ein großes Verdienst erworben.

Der Redner ging dann auf Einzelfragen des Haushalts ein und sprach sich für eine starke Heranziehung des Lastkraftwagenverkehrs zu den Straßenbaukosten aus. Er äußerte dann die stärksten Bedenken seiner Partei gegen die Tätigkeit der Mitteldeutschen Heimstätte als Zwischeninstanz beim Wohnungsbau. Zum Schluß verbreitete er sich eingehend über die Notlage der Landwirtschaft und erklärte, daß z. B. die Saatzuchtwirtschaften in der Provinz überhaupt nicht mehr wüßten, wie sie noch weiter arbeiten sollen.

Der Giftmörder Weber richtet sich selbst:

Im Amtsgericht Elsterwerda erhängte sich mit einem Handtuch der 65jährige Viehhändler Weber, der im dringenden Verdacht stand, seinen früheren Geschäftsteilhaber, den Viehhändler Lösche aus Groß-Thiemig, vergiftet zu haben. Weber war von zwei Vertretern der Staatsanwaltschaft die ganze Nacht hindurch eingehend verhört worden, ohne daß er ein Geständnis abgelegt hätte, obwohl ihm die schweren, von der Kriminalpolizei festgestellten Indizien vorgehalten wurden, so u. a., daß in dem Schmutz unter Webers Fingernägeln Strychnin gefunden worden ist, mit dem bekanntlich Lösche vergiftet worden war. Dem Weber war ein weiteres Verhör angekündigt worden und das mag wohl Anlaß zu seinem Selbstmord gewesen sein. Die Ehefrau des Ermordeten Lösche ist, da sich der Verdacht gegen sie nicht bestätigt hat, aus der Untersuchungshaft entlassen worden.

Im Zuge beraubt.

Auf der Fahrt von Magdeburg nach Wittenberge wurde der Händler L. aus Dingelstädt, der in ein Abteil 2. Klasse stieg, von einem bisher noch unbekannten Täter beraubt. Dem Schlafenden wurde eine Brieftasche mit 6900 Mark Bargeld gestohlen. Als er den Verlust bemerkte, war der Täter bereits über alle Berge.

Bei lebendigem Leibe verbrannt.

Auf der Landstraße von Beiderfee nach Könnern stieß das Personenauto eines Herrn v. Wedel mit einem Motorrad zusammen. Das Auto überschlug sich und geriet in Brand. Während die übrigen Insassen sich retten konnten, wurde der Chauffeur eingeklemmt und verbrannte, ohne daß es gelang, ihn zu befreien, bei lebendigem Leibe. Der Führer des Motorrades und sein Sozius mußten mit schweren Beinbrüchen dem Krankenhaus eingeliefert werden.

Seit Wochen tot im Bett.

In Burg wurde eine im Hause Großer Hof 5 wohnende 70jährige Frau Laws seit mehreren Wochen nicht mehr gesehen; doch nahmen die Mitbewohner des Hauses weiter keinen Anstoß, weil sie annahmen, daß die alte Frau verreist sei. Erst als sich in den letzten Tagen ein ständig zunehmender Geruch bemerkbar machte, kam man auf den Gedanken, daß etwas nicht in Ordnung sein könne und stieg daher mit Hilfe einer Leiter in die Wohnung ein, wo man die alte Frau tot im Bette auffand. Nach den Feststellungen des Arztes ist der Tod schon vor mehreren Wochen eingetreten. Ein Verbrechen liegt nicht vor.

Schlägerei nach einer Kindtaufe.

In Hacheldbich bei Sonderhausen erfuhr eine Kindtaufe einen unangenehmen Abschluß. Am Nachmittag unternahmen die Teilnehmer an der Tauffeier einen kurzen Spaziergang, bei dem sie mit Mitgliedern des Sportklubs in Auseinandersetzungen gerieten. Im Verlauf des Streites zog der Kindtaufsvater ein Messer und stach ein jugendliches Mitglied des Sportvereines mehrfach in den Rücken. Der junge Mann mußte schwerverletzt in das Krankenhaus Sonderhausen geschafft werden, während der Messerheld sofort verhaftet wurde.

Attentat auf ein Warenhaus.

Sprengstoff-Anschlag in Hamburg.

Auf das Warenhaus Tietz in Hamburg ist ein Sprengstoffanschlag verübt worden. Am späten Nachmittag erfolgte im Treppenaufgang eine heftige Detonation. Die Fensterscheiben zersprangen und das Glasdach, das den Eingang bedeckt, wurde hoch emporgeschleudert und stürzte in den Lichtschacht. Das Mauerwerk des zweiten Stockwerks erlitt erheblichen Schaden. Die Feuerwehr und die Kriminalpolizei traten sofort in Tätigkeit.

De bisherigen Feststellungen haben ergeben, daß es sich um einen verbrecherischen Anschlag handelt. Als großes Glück ist es zu betrachten, daß die ganze Sprengwirkung nach oben ging, wo zahlreiche Fensterscheiben dem Luftdruck wenig Widerstand boten. Andernfalls hätte ein namenloses Unglück angerichtet werden können, da das Warenhaus in den Abendstunden stark besucht war.

Junge Garde.

Ein neuer Jahrgang ist eingerückt in das Leben der Schule und in die Schule des Lebens. Die Garde der Sechsjährigen, die Abschützenabteilung meldet sich: „Zur Stelle!" und mustert und wird gemustert. Weibliches und männliches Geschlecht ist in starken Scharen vertreten, und Bubis und Mädis, die sich bisher fern gestanden oder vielleicht gar noch nie gesehen haben, kennen sich plötzlich und beginnen einen etwas geräuschvollen Plausch, als wenn sie alte und beste Bekannte wären. Viele allerdings betrachten zunächst etwas mißtrauisch das „Milieu" und werfen einen ängstlichen Blick auf den freundlichen Mann, der als der „Herr Lehrer" durch die bunten Reihen schreitet und die Anfangsgründe von Zucht und Ordnung andeutet, und einen etwas weniger ängstlichen auf die junge Dame, die „das Fräulein" ist. Früher stellte man sich den Herrn Lehrer als einen griesgrämigen, mit einem Rohrstock bewaffneten Kinderschreck vor und das Fräulein als ein streng bebrilltes Wesen, das weniger zu lieben als zu fürchten sei. Das hat sich glücklicherweise geändert, denn schon im Elternhause werden die Jungen und die Mädel, die mit Schulranzen, Federkasten, Schwamm und anderem Kriegsgerät in die Schulräume ihren Einzug halten sollen, belehrt, daß es da nichts zu fürchten gebe und daß, wie der Mensch im allgemeinen, der Lehrer im besonderen gut sei. Von dem „Fräulein" gar nicht erst zu reden. „Mutti," so kommt nach dem ersten aufregenden Schultage der Sechsjährige in die Stube gestürzt, „wir haben ja gar keinen Herrn Lehrer — uns lernt 'n Mädchen!" Das ist das Fräulein. Nein, ein Mädchen, das kann keine Angst und keine Sorge einflößen, das ist etwas, das zu der Welt der Kleinen paßt und gehört — und die Vertrauensbrücke ist sofort geschlagen. Nicht überall in Deutschland hat ja jetzt, am 1. April, die Schule begonnen, nicht überall ist das große Heer der Sechsjährigen an diesem in mehrfacher Hinsicht gefürchteten Tage schulreif geworden — denn es gibt hier und da noch Abweichungen von der Regel, und wir haben noch immer keine Schulreinheit im Reiche. Aber im großen und ganzen ist es so, daß die junge Garde, daß der neue Jahrgang auf dem Marsche ist. Einstweilen allerdings wird nur das Terrain rekognosziert, denn in ein paar Tagen gibt es schon wieder Ferien, und es lohnt sich daher nicht, sich sofort in die unergründlichen Tiefen der Wissenschaft zu stürzen. Wenn das ein paar Wochen später beginnt, kommt man schließlich auch noch zurecht. Aber der Anfang ist gemacht und der und die Sechsjährige haben fortan ihre Zeit streng zu teilen zwischen „zu Haus bei Muttern" und einigem Rechnen, Schreiben und Lesen. Mit diesen Dingen beginnt das eigentliche Leben!

Vermischtes

= **Prozeß um Sommersprossen.** Sommersprossen werden bald wieder auf der Tagesordnung stehen und so ist denn von Wichtigkeit die Frage, wie man sich ihnen gegenüber zu verhalten hat. Welche Bedeutung haben sie z. B. im bürgerlichen Recht? In Hirschberg in Schlesien, wo es schon immer merkwürdige Prozesse gab, hat man das kürzlich entschieden. Um es auf eine einfache Formel zu bringen: Sind Sommersprossen nur ein Schönheitsfehler oder sind sie eine Hautkrankheit? Die Sache ist die, daß ein Apothekenbesitzer in Hirschberg unter einem schönen fremdländischen Namen ein Mittel gegen Sommersprossen in den Handel gebracht hatte. Dieses Mittel aber enthält Quecksilber, das zwar als Zusatz zu Heilmitteln, nicht aber als Zusatz zu kosmetischen Mitteln Verwendung finden darf. Und nun mußte natürlich entschieden werden, ob Sommersprossen eine Krankheit sind, so daß der Zusatz von Quecksilber bei dem Antisommersprossenmittel gestattet wäre. Das Hirschberger Schöffengericht hatte kurz entschlossen die Sommersprossen unter die harmlosen Schönheitsfehler geworfen und den Apotheker wegen der Verwendung von Quecksilber zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt. Selbstverständlich Berufung. Und nun kam die Sache vor die Strafkammer und es wurden Sachverständige vernommen. Wie das aber mit Sachverständigen schon so ist: sie konnten nicht einig werden, so daß sich die Strafkammer ein eigenes Urteil über Wesen, Art und Bedeutung der Sommersprossen zu bilden hatte. Und sie kam zu dem klugen Schluß, daß Sommersprossen immerhin eine Abnormität der Haut und infolgedessen eine Art Hautkrankheit seien. Da man nun aber bei einem gegen eine Krankheit verwendeten Mittel Quecksilber . . . siehe oben . . ., wurde der Apothekenbesitzer freigesprochen. Wer weiß, ob nicht nun wieder der Staatsanwalt Berufung einlegt, so daß sich am Ende auch noch das Reichsgericht mit den Sommersprossen zu befassen haben würde.

Liebe, die zu spät gekommen

Original-Roman von Gert Rothberg.

(Schluß.) Copyright by „Brückenberg-Verlag", Zwickau i. Sa.

Kerkow sah sich um. Niemand war da. Er und Lori waren allein zwischen all den Blumen und dem Gesträuch. Feinfühlig hatten sie sich zurückgezogen, die stumme Zeugen dieses Wiedersehens geworden waren.

Lori sah in das geliebte Gesicht, aus dem die Augen zärtlich in die ihren sahen.

„Was nun?" flüsterte Lori.

Er sah sie erstaunt an.

„Warum fragst du so, Lori? Du kommst mit mir in unser Heim. Karl-Heinz wartet auf sein Mütterchen. Und ich werde endlich noch einmal das Glück im Arm halten dürfen. Lange genug ist es einsam und kalt um mich gewesen."

„Du — bist —?"

Er erriet, was sie fragen wollte.

„Nein, kleine Lori, ich bin nicht verheiratet. Ich liebe nur dich, habe immer nur dich geliebt!"

Ganz still lag Lori. Das Glück kam also noch einmal zu ihr. Sie fühlte sich so müde. Was für einen wundervollen Traum sie hatte! Denn es mußte ja ein Traum sein . . .

Voll tiefen Schmerzes sah er in das weiße, schöne Gesicht.

„Lori?"

„Das Glück, Hans, das große Glück! Es ist zu viel für mich," flüsterte Lori.

Er küßte immer wieder die weichen Lippen. Und er wußte, daß er vielleicht gerade noch im letzten Augenblick gekommen war.

Länger hätte man Lori nicht allein und einsam dahinleben lassen dürfen, wenn — es überhaupt nicht schon zu spät war!

Die Vorstellung, daß es doch zu spät sein könnte, ließ ihn nur mit Mühe ein Stöhnen unterdrücken.

Lori richtete sich plötzlich auf. Mit beiden Händen faßte sie seinen Kopf.

„Hans, nun werde ich bald ganz gesund sein, ich fühle es. Ich will mit dir glücklich sein, Hans, o, so glücklich!"

„Ja, meine kleine Lori, ja!"

* * *

„Von einem Aufenthalt im Süden verspreche ich mir noch Hoffnung, Herr Doktor Kerkow. Doch, wie gesagt, es ist nur eine schwache Hoffnung. Es müßte denn sein, daß das Glück die Lebensenergie hebt und wir somit eine starke Stütze hätten. Aber wie es sich entwickelt, kann man heute nicht sagen. Es hätte keinen Zweck, Ihnen das zu verheimlichen."

„Ich danke Ihnen, Herr Professor, für die Offenheit. Ich werde jedoch mit allen Gefahren ringen um mein Glück."

Der alte Arzt streckte Kerkow die Hand entgegen.

„Wenn Sie müßten, wie sehr ich selbst es ersehne, daß dieses junge Geschöpf wieder gesundet!" sagte er bewegt.

Die Hände der beiden Männer lagen ineinander.

An einem wundervollen Herbsttage wurden Lori und Kerkow wieder getraut. Im Hause ihrer Freunde war die schöne Feier.

Elsbeth war mit dem kleinen Karl-Heinz eingetroffen, und mit einem Gefühl unendlichen Glückes drückte Lori ihren schönen, blühenden Knaben an sich.

Elsbeth aber verbarg nur mit Mühe die Tränen. —

Glückstage, hell, sonnig folgten für Lori. Mit hungriger Gier erlebte sie diese Tage. Sie getzte mit jeder Minute, und Kerkow hatte für nichts mehr Augen als für die geliebte Frau. Aber er wußte doch bereits, daß die Liebe zu spät gekommen war!

Auch der Süden half nicht mehr. Lori war wie eine schöne, seltene Blume, die eines Tages verging.

Die Freunde, Käte vor allem, verschönten ihr die Tage im herrlichen Süden.

Matt lächelnd lehnte Lori sich an die breite Brust des Gatten. Und einmal sagte sie:

„Käte, ich bin krank, lächelt doch nicht so krampfhaft, ich weiß es doch, daß ich krank bin. Wenn ich sterben muß, dann sollst du die Mutter meines Kindes sein, und Hans soll dich lieb haben. Das wäre mein Wunsch, wenn ich nicht mehr bin."

„Lori, sprich nicht so!"

Ganz gequält kamen diese Worte über Kerkows Lippen.

Sie lächelte zu ihm auf.

„Doch! Ich will es so!"

Kätes liebes Gesicht war blaß. Ihre Augen gingen scheu zur Seite.

Lori lächelte zu ihr hinüber.

„Du bist der beste Kamerad für Hans."

Und an einem Tage, an dem es in Deutschland noch kalt und unfreundlich war, hier im Süden aber bereits die Veilchen blühten und ganze Narzissenfelder das Auge erfreuten, an einem solchen Tage träumte Lori in den Armen ihres Gatten ganz still in eine bessere Welt hinüber.

Ein letzter Hauch war über ihre Lippen gekommen. Alle wußten, daß es sein Name gewesen war.

Kerkow blickte nur immer in das weiße, stille Gesicht und dachte an die Worte:

„Ich habe dich unsagbar geliebt. Nun quäle dich nicht mehr mit Vorwürfen, Hans. Was du mir in diesen letzten Monaten gegeben, wiegt eine Welt voll Seligkeit auf. Ich bin so glücklich!"

Und Kerkow wußte, daß er diese Monate nie vergessen würde, nicht in seiner letzten Stunde! Auch wenn er Loris Wunsch ehrte und Käte mit sich nahm, dies liebe, sonnige Menschenkind — Lori würde immer den ersten Platz in seinem Herzen behalten und Käte würde nie eifersüchtig darauf sein.

Lori kam mit in die Heimat. Sie schlief unter Efeuranken, und ein weinender Engel hielt die Wacht.

— Ende. —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719300405-14/fragment/page=0006

Der letzte Versuch.

Glossen zur Regierungserklärung.

Hat denn diese Regierung, diese Regierungserklärung angesichts ihrer ganz unsicheren Grundlage im Reichstag eigentlich überhaupt einen Zweck? Diese an sich sehr naheliegende Frage hat der Reichskanzler Dr. Brüning gleich im Anfang seiner Erklärung mit dem Satz beantwortet, daß „der letzte Versuch“ unternommen wird, die Lösung der für das Reich lebensnotwendigen Aufgaben „mit diesem Reichstag durchzuführen“. Das war eine ganz unmißverständliche Drohung mit der — Reichstagsauflösung, wenn dem neuen Kabinett und seinen Absichten eine Mehrheit im Reichstage das Vertrauen versagt. Und gegen Schluß der Erklärung heißt es noch einmal, daß die Reichsregierung „gewillt und in der Lage“ sei, für die Durchführung ihrer Vorschläge und Pläne „alle verfassungsmäßigen Mittel einzusetzen“. Auch das ist unmißverständlich, wird im Reichstag ganz genau so, wie es gemeint ist, auch verstanden sein. Überrascht wurde davon aber auch wohl niemand.

*

Wenn der Reichskanzler nun seine Erklärung mit der Mahnung beendete, daß „sachliche, nicht parteipolitische Einstellung zu diesem Programm des Kabinetts allein die Zukunft des deutschen Volkes sichere“, so liegt ein Einwand nahe: Dieses Programm ist in fast allen seinen Teilen sehr unbestimmt gefaßt, nur in wenigem bringt es Genaueres über die geplanten Maßnahmen, spricht davon, daß Vorschläge und Gesetzentwürfe erst in Vorbereitung sind, demnächst vorgelegt werden sollen usw. Natürlich ist das alles in bewußter Absicht geschehen, um nämlich möglichst wenige Angriffspunkte zu bieten, um vor allem in den Vordergrund die Frage an den Reichstag und an seine Parteien zu stellen: Wollt ihr nun das neue Kabinett an die Arbeit heran lassen oder versagt ihr mir das Vertrauen, daß es zum Wohle des Ganzen arbeiten kann?

*

Etwas deutlicher ist die Regierungserklärung eingegangen — der Mahnung Hindenburgs gemäß — auf die agrarpolitischen Notwendigkeiten des Augenblicks. Die „Agrarkrise“ sei nicht mehr die Not eines einzelnen Wirtschaftszweiges, sondern „habe in besonders bedrohten Landesteilen den Charakter einer allgemeinen Volks- und Staatskrise angenommen“; daraus ergibt sich das eigentliche Ziel eines Agrarprogramms von heute: „Stützung und Wiederbelebung der ländlichen Wirtschaft ist das wirksamste Mittel zur Drosselung der Landflucht und zur Schaffung neuer Absatz- und Arbeitsmöglichkeiten.“ Um das zu erreichen, will die Regierung über das bisher Geplante, in Angriff Genommene hinausgehen, die jetzigen Maßnahmen fortführen „und erweitern“, hat die hierfür notwendigen Gesetzesvorlagen auszuarbeiten auch schon begonnen. Im engsten Zusammenhang mit einer „Osthilfe“. „Programm Schiele“?

*

In unmißverständlicher Absicht und unter wiederholtem Hinweis auf Hindenburgs letzte Botschaft stellt die Regierungserklärung also ihr offenbar sehr weitgespanntes Agrarprogramm stark in den Vordergrund. Eine kleine Überraschung gab es bei den Ausführungen über das Deckungsprogramm: nicht die gesamten Vorschläge der vorigen Regierung — denen ja schließlich hinsichtlich der Sanierung der Arbeitslosenversicherung die Sozialdemokraten zustimmten —, sondern die etwas andersgearteten letzten Entwürfe der übrigen bisherigen Regierungsparteien sollen zur Grundlage genommen werden. Dazu die gesetzliche Festlegung der künftigen Steuersenkung und — was in den Ohren des Steuerzahlers noch viel lieblicher klingt — „eingehende Sparvorschläge auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens werden in kürzester Frist von der Reichsregierung den zuständigen Körperschaften unterbreitet werden“. Darüber würde sich gerade der steuerüberlastete Mittelstand in Handel und Gewerbe besonders freuen, dessen Notlage die Reichsregierung in ihrer Erklärung gleichfalls nicht unerwähnt gelassen hat unter deutlichster Bezugnahme auf die drückenden Realsteuerlasten. Es war ganz gut, daß wieder einmal dabei an den Artikel 164 der Reichsverfassung erinnert wird, der den Mittelstand vor Überlastung und Aufsaugung schützen soll.

Auf außenpolitische Fragen einzugehen lag wenig Veranlassung vor, wenn man eine solche Veranlassung nicht etwa darin erblicken will, daß zwei jetzige Minister früher gegen den Young-Plan stimmten. In der Diskussion wird man bestimmt auf diese Sache eingehen — aber natürlich nur aus parteipolitischen Kampfgründen. Wichtiger erscheint das Versprechen der Regierung, sich um die Saargebietsverhandlungen zu kümmern, von deren Entwicklung man öffentlich seit Monaten eigentlich — gar nichts hört! Unberührt bleibt auch das Verhältnis zu Polen und die Erklärung begnügt sich mit der allgemeinen Feststellung, die „bisherige Außenpolitik werde künftig unter aktiver Vertretung der deutschen Lebensinteressen weiterentwickelt“.

*

Nun, so darf das Kabinett Brüning sagen: „Schicksal, nimm deinen Lauf!“

Neue Verdachtsmomente gegen den Viehhändler Weber.

In der Friedhofshalle in Elsterwerda wurde in Gegenwart der Gerichtskommission die Leiche des einem Giftmord zum Opfer gefallenen Viehhändlers Lösche aus Groß-Thiemig geöffnet. Die inneren Organe wurden zum Zweck einer genauen chemischen Untersuchung nach Halle geschafft, um die Art des Giftes noch einmal festzustellen. Im Anschluß an die Leichenöffnung wurden die beiden des Giftmordes Verdächtigen, die Ehefrau des Lösche und der Viehhändler Weber aus Ortrand, der Leiche gegenübergestellt. Während die Ehefrau sich ganz verzweifelt gebärdete, trug Weber ein gleichgültiges Wesen zur Schau. Die Untersuchung in dieser Mordsache hat inzwischen weitere schwere Verdachtsmomente gegen Weber ergeben. So haben mehrere Zeugen, ebenfalls Viehhändler, dem Gericht ihre Beobachtungen am Mordtage auf dem Markte von Elsterwerda mitgeteilt, denen zufolge Weber kurz vor der verhängnisvollen Frühstückspause sich an einem ihm nicht gehörenden Gefährt zu schaffen gemacht hat. Es besteht schon jetzt große Wahrscheinlichkeit, daß es sich um das Gefährt handelt, auf dem Lösche sein Frühstück aufbewahrte und daß demnach Weber bei dieser Gelegenheit das Gift auf das Brot getan hat.

Die Handelskammer Halberstadt gegen Kreditbetrug.

Die Industrie- und Handelskammer Halberstadt genehmigte in ihrer zweiten diesjährigen Vollversammlung den Haushaltsplan und setzte den Kammerbeitrag wieder auf 12½ Prozent fest. Kommerzienrat Klamoth-Halberstadt schilderte dann die Erfahrungen mit den Buch- und Betriebsführungen der Finanzämter, die neben einigen Erschwerungen doch auch gewisse Vorteile aufweisen. Es folgte dann ein Bericht über die verschiedenen Vorschläge, die in der letzten Zeit zur Bekämpfung des Kreditbetruges gemacht worden sind. Die Vorschläge gehen vor allem dahin, das Anstands- und Sittlichkeitsgefühl der Kaufmannschaft, namentlich auch im Kreditverkehr, wieder zu heben. Die Versammlung trat entsprechend einem Beschluß der Berliner Handelskammer dafür ein, daß der Schuldner im Falle einer nicht unerheblichen Ueberschuldung verpflichtet werden soll, entweder den Konkurs zu beantragen, oder bei Inanspruchnahme neuer Kredite dem Kreditgeber seinen wirtschaftlichen Zustand mitzuteilen, widrigenfalls er bei Zahlungseinstellung als strafbar gelten soll.

Ein Landstraßenräuber unschädlich gemacht.

Auf der Chaussee von Niederndodeleben nach Wolmirstedt wollte ein junger Mann die Lampe seines Motorrades in Ordnung bringen, als plötzlich aus der Dunkelheit zwei junge Männer auf ihn zusprangen und ihn angriffen. Der Motorradfahrer flüchtete und begegnete zum Glück kurz darauf dem Landjäger, der mit Hilfe eines zufällig vorbeikommenden Motorradfahrers sofort an die Stelle des Ueberfalls fahren und die Strecke absuchen konnte. Dabei gelang es, einen der Burschen dingfest zu machen, während der andere leider entkommen konnte. Das Motorrad konnte dem Besitzer wieder zugestellt werden.

5000 Jahre Kulturgeschichte in Mitteldeutschland

In der letzten Zeit sind in unserer engen Heimat eine Reihe von vorgeschichtlichen Ausgrabungen vorgenommen worden, die bedeutungsvolle Aufschlüsse über das hohe Alter der Kultur in unserer Heimat geben. Haben die Ausgrabungen bei Mühlhausen den Beweis erbracht, daß hier schon um das Jahr 500 n. Chr. die Residenz eines mächtigen Thüringer Reiches war, so führten die großen wissenschaftlichen Grabungen bei Ladeburg im Kreis Jerichow 1, die jetzt ihren Abschluß gefunden haben, in noch weiter zurückliegende Zeiten. So wurde ein großer Urnenfriedhof mit über 60 Urnen freigelegt, die aus der Zeit von 500 v. Chr. und 500 n. Chr. stammen. Weiter erbrachte die Freilegung der Grundrisse von zwei Häusern den Beweis, daß diese Gegend bereits in der Steinzeit, um 2000 v. Chr., besiedelt gewesen sein muß. Die Funde von Ladeburg wurden dem Provinzial-Museum für Vorgeschichte in Halle zur genaueren Untersuchung überwiesen. Auch in der Nähe von Ladeburg, in Karith und Gommern, wurden wieder interessante Funde gemacht, so zahlreiche Gefäßreste, die zum Teil bis auf die Bronzezeit, 800 v. Chr., zurückgehen. Noch weiter gibt die Geschichte der Besiedlung unserer Heimat durch das Material zurück, das aus einem großen Gräberfeld bei Wehrstedt bei Halberstadt gewonnen wurde und über das Museumsleiter Hemprich-Halberstadt in einer Versammlung des Museumsvereines berichtete. Die Becher, Schalen und Männchen, die hier gefunden wurden, lassen sich auf mindestens 4500 bis 5000 Jahre schätzen. Aus der Ausdehnung und Anordnung des Gräberfeldes und aus den Knochenfunden geht weiter hervor, daß es sich bei jenen vorzeitlichen Siedlern nicht um Nomaden handelt, sondern um eine Kulturgruppe, die längere Zeit in unserer Gegend feste Wohnsitze hatte. Die jetzt gemachten Ausgrabungen und Funde sind deshalb von besonderer Bedeutung, weil sie eine bisher bestehende Lücke in unserer Heimatforschung schließen.

Wohnungsbau am laufenden Band.

Die Groß-Siedlung Bad Dürrenberg die von der „Gemeinnützigen Siedlungs-Gesellschaft des Landkreises Merseburg“ zurzeit geschaffen wird, und in der rund 1000 Wohnungen ausschließlich für Arbeiter und Angestellte der Leunawerke neu geschaffen werden sollen, ist seit Monaten das Ziel zahlreicher Studienkommissionen, da die ganze Art der Durchführung dieser Siedlung eine in Deutschland eigenartige Organisationsform aufweist. Die Wohnungen werden hier nämlich in streng rationierter Arbeitsweise, der mit dem Fabrikationsgang am laufenden Bande große Aehnlichkeit hat, hergestellt. Sämtliche Häuser und Wohnungen haben eingebaute Wandschränke, Warmwasserversorgung und Zentralheizung, die von einem eigenen Fernheizwerk aus bedient werden. Ebenso ist eine Zentralwäscherei vorhanden, sowie alle anderen Einrichtungen einer modernen Wohnung. Ein Teil der Wohnungen ist bereits bezogen, während bei anderen Wohnblocks noch an der Inneneinrichtung gearbeitet wird und bei anderen erst die Mauern aus der Erde wachsen. Das Interesse an dieser Mustersiedlung ist so groß, daß die Leitung der Siedlungsgesellschaft, um die ständigen Belästigungen der Bewohner durch die Besucher zu vermeiden, sich jetzt gezwungen gesehen hat, einige möblierte Musterwohnungen zu schaffen, die zur Besichtigung freistehen.

Nah und Fern.

○ **Wieder ein Eisenbahnanschlag.** In der Nacht vom 31. März auf den 1. April wurde am Haltepatz Busendorf der Nebenbahn Breitengüßbach—Dietersdorf ein verbrecherischer Anschlag auf den Nebenbahnzug B. R. 20 durch Auflegen von Schwellen auf das Gleis zu verüben versucht. Die Schwellen konnten vor Ankunft des Zuges noch rechtzeitig beseitigt werden.

○ **Mit dem Auto in den Fluß gestürzt.** In der Nähe von Wasserbillig bei Trier stürzte auf der luxemburgischen Uferseite ein Automobil, anscheinend infolge Versagens der Steuerung, in voller Fahrt die zweieinhalb Meter tiefe Böschung hinab in die Sauer. Der Führer des

Schneller - besser - billiger

geht das Spülen und Putzen in jedem Haushalt mit IMI, Henkel's neuem Aufwasch-, Spül- und Reinigungsmittel.

IMI erleichtert Ihnen alle Spül- und Putzarbeit. Überraschend schnell und gründlich löst es die dicksten Fettschichten und den hartnäckigsten Schmutz, ohne die Gegenstände anzugreifen. Strahlender Glanz und appetitliche Frische verleiht es allen Haus- und Küchengeräten.

IMI ist überaus sparsam im Gebrauch. 1 Eßlöffel auf 10 Liter heißes Wasser = 1 Eimer genügt schon, um diese fabelhafte Reinigungskraft zu erzeugen. IMI kostet nur 25 Pfennige und ist überall erhältlich.

IMI

Henkel's Aufwasch-Spül- und Reinigungsmittel
für Haus- und Küchengerät aller Art
Hergestellt in den Persilwerken

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719300405-14/fragment/page=0007

Wagens, der Photograph Schwarz aus Grevenmacher, ertrank, während sein Hund durch einen Zollbeamten gerettet wurde.

⊙ **Ausschreitungen streikender Fleischergesellen in Posen.** In Posen streiken bereits 14 Tage lang die Fleischergesellen. Es kam bereits wiederholt zu Zusammenstößen. So ist dieser Tage das größte Fleischwarengeschäft in Posen, Dawidowski, von hundert Gesellen gestürmt worden. Die Streikenden drangen in die Werkstätten, verprügelten die Arbeitswilligen und zerstörten die Einrichtung. Der Schaden ist sehr groß. Polizei zu Pferde und zu Fuß ging mit blanker Waffe gegen die Streikenden vor; es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Die Fleischergesellen setzten sich zur Wehr und verletzten mehrere Polizisten.

⊙ **Ein englischer Kapitän vermacht deutschen Kriegsinvaliden 200 000 Mark.** Der kürzlich im Alter von 84 Jahren verstorbene englische Handelsschiffskapitän Otway Robinson hat in seinem Testament bestimmt, daß über 10 000 Pfund Sterling, d. h. der größte Teil seines Vermögens, der deutschen Regierung zur Verfügung gestellt werden. Die Regierung soll das Geld deutschen Kriegsinvaliden zugute kommen lassen.

⊙ **Eine Millionenunterschlagung bei einer Bank in Finnland.** Wie aus Helsingfors gemeldet wird, sind bei der Filiale der Unionsbank in Borga (Südfinnland) Unterschlagungen in Höhe von über einer Million Mark entdeckt worden. Die Unterschlagungen werden dem Bankdirektor Linderos, der vor einigen Tagen verstorben ist, zur Last gelegt. Man nimmt an, daß der Bankdirektor nicht, wie man zuerst geglaubt hatte, einem Unglücksfall zum Opfer gefallen ist, sondern Selbstmord verübt hat.

⊙ **Hundert Todesopfer bei einem Bootsunglück.** Aus Akune in Südjapan wird berichtet: Eine Fähre, die dreihundert Personen an Bord hatte, kenterte, wobei mehr als hundert Personen ertranken. Das Unglück ist wahrscheinlich auf die zu starke Belastung der Fähre zurückzuführen.

Bunte Tageschronik

Königsberg i. Pr. In einem Zimmer in der Drummstraße wurden ein Sittenmädchen, namens Anna Falk, und ein Arbeiter Kirchner mit durchschnittener Kehle tot aufgefunden. Kirchner hat die Falk und dann sich selbst getötet.

Stuttgart. Der Inhaber des Restaurants Königshof, wo der verhängnisvolle Bärenschinken gegessen wurde, ist gestorben. Er ist das zehnte Opfer der Trichinose geworden.

Rückkehr zum Roggenbrot!

Von Dr. Oskar Eckardt.

Viel wird heute über Ernährung, über den Wert und Unwert aller Nahrungsmittel, geschrieben, aber wenig über das uns so selbstverständliche Rückgrat derselben, das Brot. Erst in jüngster Zeit erinnert man sich desselben in stärkerem Maße durch das bevorstehende Brotgesetz, durch das man hofft, den Verzehr von Roggen zur menschlichen Nahrung zu steigern.

Welche Rolle nimmt nun das Brot in unserer Ernährung ein? Man kann es wohl schlechthin als die Basis unserer gesamten Ernährung bezeichnen; denn es ist ein Nahrungsmittel, dessen dauernder Genuß uns niemals entleidet und das gleichzeitig alle zur Ernährung notwendigen Bestandteile enthält, abgesehen vom Fett, das wir durch Bestreichen instinktiv hinzufügen. Ernährungsphysiologisch ist das Roggenbrot nach Meinung hervorragender Wissenschaftler dem Weizenbrot durchaus gleichzustellen. Im Brot ist der Gehalt an Kohlehydraten relativ hoch, aber auch der Eiweißgehalt ist nicht unbeträchtlich, und wir können sehr wohl einen erheblichen Teil unseres Eiweißbedarfs aus dem Brot decken. Zu unterscheiden ist nun zwischen hellerem und dunklerem bzw. Vollkornbroten, und zwar richtet sich das nach dem Ausmahlungsgrad des verwendeten Mehles. Wird nur das Innere des Kornes (niederer Ausmahlungsgrad) vermahlen, so ergibt sich natürlich ein helles Brot. Je höher der Ausmahlungsgrad steigt, desto dunkler wird es, bis beim Vollkornmehl (Schrot) der höchste Ausmahlungsgrad erreicht ist. Es gibt demzufolge unter dem Roggenbrot allerlei Arten, und zwar von einem ganz hellen Brot angefangen, das vom Laien oft irrtümlicherweise für Weizenbrot gehalten wird, bis zu den dunkelsten Vollkornbroten. Letztere sind ernährungsphysiologisch wertvoller, da sie einen höheren Gehalt an Eiweiß, Vitaminen und Mineralsalzen aufweisen. Infolge der Sauerteiglockerung haben die Roggenbrote einen volleren, aromatischeren Geschmack.

Gegen das Roggenbrot wird oft geltend gemacht, daß seine Qualität gegen die der Vorkriegszeit nachgelassen habe. Ein wesentlicher Grund dafür dürfte im Nachtbackverbot zu erblicken sein, wodurch die Sauerteigführung außerordentlich erschwert wird, da es ja verboten ist, irgendwelche bäckerischen Maßnahmen in der Zeit von 9 Uhr abends bis früh 5 Uhr vorzunehmen.

Haus- und Landwirtschaftliches.

Vom Sauerwerden der Milch.

In der Lebensmittelversorgung der Städte spielt die Milch eine besonders bedeutungsvolle Rolle. Ist sie doch infolge ihres Nährwertes bei einem im Verhältnis zu anderen vergleichbaren Nahrungsmitteln niedrigen Preis ein ausgesprochenes Volksnahrungsmittel. Ein auch nur kurzes Versagen der Milchbelieferung würde für die vielen Säuglinge, die auf ihre natürliche Nahrung — die Muttermilch — verzichten müssen, geradezu eine Katastrophe bedeuten. In den deutschen Städten wird im Durchschnitt für den Kopf und Tag ¼ Liter Frischmilch verbraucht. Das erscheint an sich nicht viel und ist auch tatsächlich weniger, als in vielen anderen Ländern konsumiert wird. Immerhin handelt es sich doch insgesamt um sehr erhebliche Quantitäten. So verbraucht, um nur einige Beispiele zu nennen: Hamburg 500 000 Liter, Köln 190 000 Liter, München 240 000 Liter, Dresden und Frankfurt je 150 000 Liter und Berlin 1 000 000 Liter Frischmilch täglich.

Bei der Milch handelt es sich um ein außerordentlich leicht verderbliches Nahrungsmittel, und zwar wird ihr Verderben, das Sauerwerden, bekanntlich bedingt durch Bakterien, die auf den verschiedensten Wegen, hauptsächlich aber mit dem Stallschmutz, in die Milch gelangen. Sie erfordert infolgedessen eine sehr sorgsame Gewinnung, eine pflegliche Behandlung und einen möglichst raschen Verbrauch.

Dem steht gegenüber, daß sie zum erheblichen Teil in kleinen und kleinsten ländlichen Betrieben unter primitiven Verhältnissen gewonnen wird und daß die Entfernungen, aus denen die Milch für die Großstädte herangeholt werden muß, häufig sehr weit sind. Rechnet man zu der für die Überwindung des Eisenbahnweges benötigten Zeit noch die hinzu, die zum Sammeln der Milch am Produktionsorte, zum Transport an die Bahnstation und am Verbrauchertransport zur Verteilung über die ausgedehnten Gebiete der Stadt erforderlich ist, so ergibt sich insgesamt ein Zeitaufwand, dem die Haltbarkeit der Milch nicht ohne weiteres gewachsen ist. Man ist infolgedessen genötigt, diese künstlich zu verlängern. Das geschieht, indem man die Entwicklung der das Verderben der Milch verursachenden Milchsäurebakterien durch Kälte hemmt. Die Milch muß vor dem Versand und vorteilhaft auch während des Transportes und am Verbrauchsort möglichst tief gekühlt werden. Das bedeutet: Einrichtung von Kühlstellen auf dem Lande, Verwendung von Kühlwagen für den Transport, in der Stadt Beschaffung von Kühlräumen bei dem Großhändler und Kühlvorrichtungen beim Einzelhändler.

Die Milch ist jedoch nicht nur ein guter Nährboden für harmlose Milchsäurebakterien, die höchstens wirtschaftliche Schäden durch schnelle Säuerung verursachen können, sondern unter Umständen auch für Krankheitskeime. Da es überaus schwierig ist, Sammelmilch vor diesen mit Sicherheit zu schützen — genügt doch zur Infektion eines großen Milchstapels unter Umständen schon eine einzige Kanne —, so ist es notwendig, die Milch vor der Abgabe an den Verbraucher durch Erhitzen zu entkeimen. Das erfolgt durch die Pasteurisation der Milch in den Meereien, zu deren Aufgaben auch die Reinigung der Milch von evtl. vorhandenem Stallschmutz, sowie Tiefkühlung gehört.

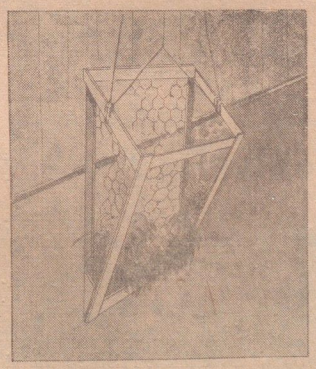
Weitere Schwierigkeiten in der großstädtischen Milchversorgung entstehen ferner dadurch, daß die Milch infolge ihrer geringen Haltbarkeit nicht, wie die meisten anderen Lebensmittel, auf Vorrat gehalten werden kann. Produktion und Bedarf sind aber nicht immer gleich groß, sondern erheblichen Schwankungen unterworfen, und zwar häufig Schwankungen, die im entgegengesetzten Sinne verlaufen. Der Ausgleich dieser Schwankungen kann nur dadurch erfolgen, daß Meereien in dem einen Falle die überschüssige Milch aufnehmen und verarbeiten, in dem anderen einstehende Mängel aus Beständen decken.

Einen schwierigen Punkt der städtischen Milchversorgung bildet schließlich auch die Kleinhändlerfrage. Je kleiner der Milchumsatz, um so weniger ist der Kleinhändler in der Lage, die Aufwendungen zu machen, die eine nach hygienischen Gesichtspunkten eingerichtete Verkaufsstelle erfordert. Es wächst auch die Notwendigkeit, Waren zu führen, die mit Milch wenig zu tun haben und ihr unter Umständen abträglich sind. Im übrigen muß ebenso wie der Milcherzeuger und Meereifachmann auch der Kleinhändler ein bestimmtes Maß von Kenntnissen von dem Wesen der Milch haben, damit er seine empfindliche Ware so sachgemäß zu behandeln weiß, daß sie keinen Schaden nimmt.

Nach dem Ausgeführten bestehen bei der großstädtischen Milchversorgung allenthalben Schwierigkeiten, deren Überwindung einen Aufwand von Mitteln, Arbeit und Kenntnissen erfordert, der von den Außenstehenden in der Regel unterschätzt wird und die bei kritischen Betrachtungen oft nicht genügend gewürdigt werden.

Geflügelraufe.

Es ist eine schlechte Angewohnheit, dem Geflügel das Grünzeug und die Rüben usw. einfach vorzuwerfen. Einmal ist dieses Verfahren unzulässig verschwenderisch. Denn das einmal beschmutzte Futter nimmt das Geflügel weniger gern oder gar nicht, und im Winter muß mit dem Grünzeug, der wenigen Vogelmiere, die man in geschützten Winkeln oder Mistbeeten findet, hausgehalten werden. In der wärmeren Jahreszeit ist die auch im Winter schon zu beachtende Gefahr noch größer, daß durch Futter, welches auf dem Stallboden herumgeschleift worden war,



Krankheiten, besonders auch die Eier von Eingeweidewürmern, verbreitet werden. Es ist daher längst schon empfohlen worden, die Rüben immer an einem in die Stallwand in für das Federvieh gerade erreichbarer Höhe eingeschlagenen Nagel aufzuspießen und es von hier abpicken zu lassen. Besser noch ist es, ein für allemal eine kleine Raufe anzubringen, wie unsere Abbildung sie zeigt. Man zimmert sich das Rahmengestell aus einigen Lattenstücken zusammen und streicht es, damit es nicht als Schlupfwinkel für Milben dient, wenn kleine Fugen und Risse vorhanden sind, wie alle anderen Holzteile im Stalle mit farbigem Karbolineum an, welches ganz geruchlos auftrocknet und das Geflügel von der Benutzung nicht abschreckt. Das Lattengerüst wird dann mit Drahtgeflecht, gut verzinktem, versteht sich, benagelt, wobei man keine zu enge Maschenweite wählt, damit im Übereifer kein Tier sich am Draht beschädigt. Diese Raufe hängt man an der Stallwand oder im Scharraum so auf, daß man sie jederzeit abnehmen kann, um zurückgebliebene dürre Reste hinausschütten zu können. Im Scharraum kann man sie ganz frei an einem Bindfaden aufhängen, so daß die Tiere von allen Seiten Zutritt haben. Der Wert einer solchen Raufe zeigt sich bald auch in anderer Hinsicht. Da die Tiere das dargereichte Futter nicht verschleppen können, so gewöhnen sie sich alle an diesen bestimmten Futterplatz und es entsteht eine gewisse Futtereifersucht unter ihnen, die sie veranlaßt, den anderen möglichst viel wegzupicken. Die Folge davon ist, daß sie mehr Grünfutter oder besten Ersatz an Rüben und Kohlblättern zu sich nehmen, als es beim einfachen Hinwerfen dieses Futters der Fall sein würde. Das hat einen wünschenswerten guten Einfluß sowohl auf den allgemeinen Gesundheitszustand als in der entscheidenden Zeit auf die Legetätigkeit der Hennen, Enten, Gänse, und so macht sich die kleine Mühe des Bastelns einer Grünfutterraufe besonders dort sofort bezahlt, wo man seinem Geflügel keinen genügenden freien Auslauf bieten kann.

Das Schleswiger Pferd.

Schleswig-Holstein, „up ewig ungedeelt", ist in der Pferdezucht doch seit alter Zeit in zwei ganz voneinander verschiedene Gebiete geteilt, nämlich in das Holsteiner Warmblutpferd, das in mancher Hinsicht an den benachbarten Hannoveraner erinnert, und in das Schleswiger Kaltblutpferd, das sich dem nördlich anschließenden dänischen Pferde nähert. Das auf den großen Weidegebieten nördlich der Eider gezogene Schleswiger Pferd gewinnt dank der kräftigen, natürlichen Ernährung schwere, runde, kräftige Körperformen und eine außerordentliche Ausdauer. Es hatte darum früher eine besondere Bedeutung als Omnibuspferd für die großen Städte, ebenso für die damals noch üblichen Pferdebahnen, wobei es sich oft ereignete, daß die in Schleswig gezüchteten Pferde fälschlich unter dem Namen Dänen gingen. Das wird heute kaum noch vorkommen, denn der Ruf des Schleswiger Pferdes steht heute viel zu hoch, als daß ein Händler zu versuchen

brauchte, es unter falscher Flagge anzubringen. Man nimmt an, daß bei der Züchtung des Schleswiger Pferdes belgische und englische Zuchthengste mitgewirkt haben, deren Blut auf das in dem gesunden Seeklima erstarkte der einheimischen Stuten gepfropft wurde.

Das Schleswiger Pferd ist in seiner ganzen Erscheinung bedeutend edler als der Belgier, es ist weniger auf Masse gezüchtet, viel gängiger und um ein ganzes Teil härter. Ein langes Mittelstück und die edlere obere Linie mit deutlichem Widerrist sind Kennzeichen der Rasse. Die Durchschnittsgröße der Hengste ist 160 bis 170 Zentimeter, die vorherrschenden Farbschläge sind Braune und Füchse, während Schimmel und Rappen selten sind. Auch gegenüber dem Dänen ist der Schleswiger durch vornehmere Erscheinung ausgezeichnet. Er ist genügsamer als der Belgier und sehr beliebt für die Verwendung in der Landwirtschaft. Die Reinzucht wird fast ausschließlich nur in Schleswig-Holstein (einschließlich des gegenwärtig an Dänemark abgetretenen Gebietes) betrieben. Die zahlreichen nach Mittel- und Süddeutschland ausgeführten Schleswiger verfallen fast alle der Mischzucht, ergeben aber auch hier noch in der ersten Generation schöne, dauerhafte und durch Härte hervorragende Arbeitspferde.

Der Vermittler geistigen Miterlebens

der Ereignisse auf den Gebieten der Kultur, der Politik, der Kunst u. der Wissenschaft / unter Ausschaltung des Alltags / ist die überparteiliche, durch Wort u. Bild anregende u. fesselnde Monatsschrift

Der Türmer

Probeheft kostenfrei u. unverbindlich durch die Buchhandlungen u. Türmer-Verlag Stuttgart

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719300405-14/fragment/page=0008

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird **monatlich** festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Torgauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluß Nr. 224.

Amtliches Publikations-Organ für Amts- und Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfg., für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfg., im Reklameteil 30 Goldpfg. einschl. Umsatzsteuer. Schwieriger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezhalle.

Nr. 41. Sonnabend, den 5. April 1930. 33. Jahrg.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Der Reichsbankpräsident hat die deutschen Vertreter im Verwaltungsrat der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich ernannt.

* Der transatlantische Zeppelindienst soll im Jahre 1932 eröffnet werden.

* In Addis Abeba starb, 54 Jahre alt, die Kaiserin Zaoditu (Judith) von Abessinien.

Der Schlußpunkt.

Agrarprogramm und Osthilfe. — Parteipolitischer Streik. Industrie und Landwirtschaft.

Nun hat auch Deutschland seine Kabinettskrise hinter sich, trat ein anderer Mann an die Stelle dessen, der vor anderthalb Jahren in Genf mit Briand und Macdonald die Revision des Dawes-Abkommens anbahnen konnte. Nur ganz kurze Zeit nach dem Tage, als der Reichstag dem Plan zustimmte, ist das Kabinett Müller gestürzt — und die darauffolgende Krise hat nicht bloß eine etwa symbolische Bedeutung. Daß in der Regierungserklärung Dr. Brünings die Ausführungen über die Außenpolitik einen sehr knappen Raum einnahmen, daß auch in der darauffolgenden Debatte die deutsche Außenpolitik nur kurz gestreift wurde, läßt erkennen, daß sich das Schwergewicht des öffentlichen Interesses fast ganz nach der innenpolitischen Seite verschoben hat. Man nahm nur Notiz davon, daß der Neue Plan von der Pariser Deputiertenkammer ratifiziert worden ist und damit eigentlich den Weg zur Verwirklichung bis auf eine kurze Endstrecke hinter sich gebracht hat. Die Zeit der theoretischen Diskussionen über ihn ist vorbei und sein Dasein ist als nicht mehr wegzudisputierende Tatsache ins politische Kalkül einzustellen. Daß die Donnerstagabstimmung im Reichstag die Neuwahlen verhinderte, hat auch die Auseinandersetzungen über ihn im Wahlkampf wohl endgültig zu den Akten legen lassen. Hier ist auch symbolisch ein Schlußpunkt gesetzt worden durch die deutsche Regierungskrise und die Art ihrer Lösung; ein Schlußstrich gezogen worden „schweren, aber festen Herzens", wie der Reichspräsident in jener Botschaft sagte, mit der er seine Unterzeichnung des Neuen Planes begleitete. Nur das, was ist und was sein wird, bleibt im Blickfeld der Kritik, wird zum Gegenstand nicht mehr der Zustimmung oder Ablehnung, sondern nur noch der Ausführung oder des — Scheiterns.

*

Nach der innenpolitischen Seite hin scheinen die Ergebnisse der Donnerstagsitzung des Reichstages — parteipolitisch gesehen — anders zu wirken. Die außerordentliche Schärfe, mit der der Vorsitzende der deutschnationalen Fraktion dem Mißtrauen seiner Partei gegenüber dem Kabinett Brüning Ausdruck gab, hat nichts daran geändert, daß die neue Regierung durch die Stimmabgabe der Deutschnationalen „in den Sattel gehoben" wurde, und eröffnet doch kaum die Möglichkeit, nun zu parteipolitisch „günstigerer" Stunde das Kabinett wieder aus dem Sattel zu werfen. Denn auch hier kommt es nicht mehr darauf an, was die Mitglieder dieses Kabinetts früher getan haben, sondern nur auf das, was sie tun oder nicht tun werden. Die drei Aufgaben aber, die zu bewältigen sie „ins Regiment gesetzt" wurden, lassen sich nicht voneinander isolieren; es ist unmöglich, die Durchführung der einen zu billigen, die der andern aber abzulehnen. Agrarprogramm und Osthilfe hängen an sich schon aufs engste miteinander zusammen, aber beide stehen wieder auf der gemeinsamen Grundlage einer schleunigsten Neuregelung der Reichsfinanzen und der Steuern. Wer also mit die Verantwortung dafür übernommen hat, daß die Regierung Brüning in der Art, wie sie das andeutete, das ganze Werk in Angriff nimmt, muß auch für den Fortgang des Gesamtbaues diese Verantwortung mittragen helfen, weil sonst auch das wieder auseinanderfallen würde, was schon errichtet ist. Solch ein „parteipolitischer Streik" — um ein Bild aus dem Wirtschaftsleben zu wählen — während des Baues würde also das Ganze gefährden und die Verantwortung dafür denen auf die Schultern legen, die vor Fertigstellung „die Arbeit niederlegen" wollten.

*

Leicht wird ja der Weg nicht sein, den die Regierung zu marschieren entschlossen scheint. Schon melden sich die Bedenken, tauchen an sich verständliche Einwürfe auf: Prallt das Agrarprogramm, das einen geschlossenen Schutzzoll vorsieht, nicht allzu hart auf handelspolitische Interessen der Industrie? Dem soll aber nicht allein der egoistische Hinweis darauf entgegengehalten werden, daß die Landwirtschaft glaubt, ihre Interessen seien gerade in den bisherigen Handelsverträgen sehr vernachlässigt worden auch nicht der andere, vielleicht noch viel bitterere, aber sehr berechtigte Einwand, daß der Index der Großhandelspreise für Agrarstoffe zurzeit auf 116 steht, oder — in verständlicheres Deutsch umgeprägt — der Landwirt heute für seine Erzeugnisse insgesamt nur wenig mehr erzielt als in der Vorkriegszeit, während die Preise der Industriestoffe sehr viel höher sind. Das will aber „allerhand heißen" bei den 13 Milliarden, die heute der Wert der landwirtschaftlichen Erzeugung ausmacht! Vielmehr muß anscheinend noch viel öfter an die Selbstverständlichkeit erinnert werden, daß die Agrarkrise eine überaus verhängnisvolle Rückwirkung auf die industrielle Wirtschaftslage ausgeübt hat und immer noch ausübt, daß sie einer der stärksten Gründe für die allgemeine Wirtschaftskrise gewesen ist. Und — um einen Teil dieser herauszunehmen — auch für die Höhe der Arbeitslosigkeit. Erfreulicherweise hat die Erkenntnis dieser Zusammenhänge aber doch in industriellen Kreisen breiten Platz gefunden und hat man sich dort längst von der Anschauung bekehrt, der Arbeiter „müsse billiges Brot haben, um zu billigem Lohn arbeiten zu können"! So einfach liegen die Dinge doch nicht und die Industrie weiß heute im Zeitalter des allseitigen Hochschutzzolles nur zu genau, von welch ungeheurer Bedeutung die Kaufkraft des deutschen Binnenmarktes ist. Und damit auch und vielleicht vor allem die der deutschen Landwirtschaft. Dr. Pr.

Deutschland in der Weltbank.

Die deutschen Vertreter in der B. J. Z.

Nach der Satzung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (B. J. Z.) hat der Reichsbankpräsident als deutsche Mitglieder des Verwaltungsrats der Bank einen „Vertreter der Finanz, der Industrie oder des Handels" und einen weiteren „Deutschen, der Industrie oder Handel vertritt", zu ernennen. Außerdem ist von Amts wegen Mitglied des Verwaltungsrates der Reichsbankpräsident selbst. Reichsbankpräsident Dr. Luther hat am Tage seines Amtsantritts Herrn Dr. Karl Melchior in Hamburg und Herrn Kommerzienrat Dr. Paul Reusch in Oberhausen (Rhld.) zu Mitgliedern des Verwaltungsrats berufen. Zu seinem Stellvertreter im Verwaltungsrat der B. J. Z. hat der Reichsbankpräsident Herrn Geh. Finanzrat Dr. Vocke, Mitglied des Reichsbankdirektoriums, ernannt.

Arbeitskämpfe und Finanzreform.

Industriehilfe für die Landwirtschaft.

In Düsseldorf begann die 58. ordentliche Mitgliederversammlung des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen (Langnam-Verein). Der neue Vorsitzende Dr. Springorum-Dortmund [illegible] nennung für die Tä[illegible] Reusch-Oberha[illegible] Vorstand und d[illegible] ten, Paul Reusch [illegible] m-Vereins zu erne[illegible] Vorstand der No[illegible]

Dr. [illegible] tslage ein und be[illegible]

einfang[illegible] habe die privatn[illegible] men. Die Verschu[illegible] es Bauerntums [illegible] sei es zu begrüß[illegible] die Notwendig[illegible] die Landwirtsch[illegible] edern des Langn[illegible] lich

In [illegible] eljahr 1929 der fes[illegible] Die Kohlenförder[illegible] dauerndem Rückga[illegible] de sich auch die ei[illegible] Maschinenbau. [illegible] che der Annahme[illegible] tsche Wirtschaft [illegible] gegangenen Verpfl[illegible] aber ihre Grenz[illegible]

[illegible] kes

aufhör[illegible] pflichte der Unte[illegible] e er immer die N[illegible] rbeiterschaf[illegible] t versagen, solange [illegible] selbst aufgebe. Hoffentlich verharrten die freien Gewerkschaften nicht auf ihrem unmöglichen Standpunkt, daß die Arbeiter das, was sie im politischen Kampfe einbüßten, was ihnen durch stärkere Steuerbelastung genommen werde,

durch Kampf und höhere Löhne

einbringen müßten. Gerade jetzt Arbeitskämpfe unter dem Vorwande zu entfesseln, die Arbeiterschaft vor einer weiteren Steuerbelastung zu bewahren, heiße, die Finanzreform von vornherein zu unterbinden und der Wirtschaft neue Lasten aufzubürden, statt sie von den alten nach Möglichkeit zu befreien. Das zu verhindern, sei die dringendste Pflicht der Reichsregierung und eine der wichtigsten Aufgaben der Wirtschaft.

Deutscher Reichstag.

(154. Sitzung.) CB. Berlin, 3. April.

Die Aussprache über die Erklärung der neuen Regierung geht weiter. Abg. Graf Reventlow (Nat.-Soz.) führt aus, die Nationalsozialisten könnten der Regierung kein Vertrauen entgegenbringen. Abg. Rädel (Komm.) schließt sich mit heftigen Ausfällen gegen Regierung und Sozialdemokratie dem Vorredner an.

Reichskanzler Dr. Brüning gibt Auskunft über einige an ihn während der Debatte gerichtete Anfragen. Die Reichsregierung hat sofort aus eigener Initiative und in besonderem Auftrage des Reichspräsidenten die agrarpolitischen Maßnahmen in Angriff genommen. Das Programm des Reichsministers Schiele ist einbezogen worden. In den nächsten Wochen werden die Gesetzesvorlagen dem Reichstag zugehen. Die notwendige Handelsvertragspolitik wird auch von der neuen Regierung weitergeführt werden. Die Reichsregierung wird nur nach sorgfältigster Prüfung, wenn es überhaupt notwendig sein sollte, die Anwendung des Artikels 48 der Verfassung in Betracht ziehen.

Abg. Dr. Hugenberg (Dtn.): Die deutschnationale Fraktion hat die Abgabe einer Erklärung beschlossen, laut der die Partei jeden Vorstoß zur Besserung der Lage der Landwirtschaft unterstützen wird. Die Deutschnationale Volkspartei lehnt heute den sozialdemokratischen und kommunistischen Mißtrauensantrag gegen die Regierung ab. Das geschieht im Hinblick auf die von der neuen Regierung mit starken Worten angekündigten Maßnahmen zum Schutze der Landwirtschaft und der gefährdeten Ostprovinzen. Dagegen sind wir völlig darüber einig, daß wir für diese Regierung und ihr Handeln nicht die mindeste Verantwortung tragen. Den polnischen Handelsvertrag werden wir ablehnen. Wir haben starkes Mißtrauen gegen die Regierung, doch wir sind heute entschlossen, Stellung gegen jede Form des Marxismus zu nehmen

Bei der namentlichen Abstimmung über die vorliegenden Mißtrauensanträge der Sozialdemokraten und der Kommunisten gegen das Kabinett werden 252 Stimmen gegen 187 für die Anträge abgegeben. Sie sind also abgelehnt. Mit Sozialdemokraten und Kommunisten stimmen nur die Nationalsozialisten. Das Haus vertagt sich.

Polizeistunde in Stadt und Land.

Deutscher Reichstag.

(155. Sitzung.) CB. Berlin, 4. April.

Das deutsch-polnische Überleitungsabkommen über Personenstandsregister wird in allen drei Lesungen angenommen. Das Haus setzt dann die zweite Beratung des

Gaststättengesetzes

fort. Abg. Diez (Ztr.) weist auf die große volkswirtschaftliche Bedeutung des Gastwirtsgewerbes hin, das in Deutschland 130 000 Gaststätten umfasse. Das Gesetz bezwecke einmal den Schutz des Gastwirtsgewerbes und dann auch einen Schutz gegen den Alkoholmißbrauch. Wichtig sei der Schutz der Jugend vor dem Alkoholismus. Der Redner beantragt eine Änderung dahin, daß die Konzessionspflicht nicht auf den Kleinhandel mit Wein ausgedehnt werden kann.

Reichswirtschaftsminister Dietrich.

Die jetzt vorliegende Lösung bedeutet einen Mittelweg, auf welchem einerseits dem notwendigen Schutz der Jugend und dem Kampf gegen den Alkohol Rechnung getragen, auf der anderen Seite aber das Gewerbe nicht allzusehr eingeengt wird. Die Vorschrift, nach der die Klagbarkeit von Forderungen, die aus der wiederholten Kreditierung von Branntwein herrühren, ausgeschlossen wird, ist grundsätzlich zu billigen. In der Frage der Straußwirtschaften vertritt der Minister den Standpunkt des Ausschusses, welcher den Ausschank selbsterzeugten Weins oder Apfelweins mit Genehmigung der obersten Landesbehörden auf die Dauer von höchstens vier Monaten zulassen will. Was die

Polizeistunde

angeht, so soll es ebenfalls bei den Vorschlägen des Ausschusses bleiben, also äußerste Grenze 1 Uhr, abgesehen von Ausnahmefällen. Die Bestimmung, wonach schnapsfreie Tage angeordnet werden können, soll auf den Kleinhandel in verschlossenen Flaschen mit einem gewissen Mindestgehalt keine Anwendung finden.

Ministerialdirektor Dr. **Klausner** tritt für Regelung der Polizeistunde im Sinne der Ausschußbeschlüsse ein. Das sei auch der Wunsch der preußischen Staatsregierung. Die Bedürfnisse etwa in Berlin und in einer

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719300405-14/fragment/page=0009